



FIGU– ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

2. Jahrgang
Nr. 41, April 2016

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

=====

Ein markantes Licht auf den inneren Zustand Deutschlands

Veröffentlicht am 31. März 2016 von dieter; von Karl Müller (zeit-fragen)



Drei Ereignisse haben in den vergangenen zwei Wochen ein markantes Licht auf den inneren Zustand Deutschlands und das Gebaren der politischen Klasse des Landes geworfen. Das erste war das Wahlergebnis von drei Landtagswahlen am 13. März, das zweite der EU-Türkei-Gipfel vom 17. und 18. März ... und das dritte die Buchmesse in Leipzig vom 17. bis 20. März.

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt haben zu Wählerverschiebungen geführt, die es so in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bislang nicht gegeben hat. Eine neue Partei, die Alternative für Deutschland (AfD), ist in allen drei Bundesländern in den Landtag eingezogen und machte in Baden-Württemberg einen Sprung von 0 auf 15,1%, in Rheinland-Pfalz von 0 auf 12,6% und in Sachsen-Anhalt von 0 auf 24,2%. In Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt erhielt die neue Partei sogar mehr Stimmen als die SPD.

Wahlen in drei Bundesländern

Nun könnte man meinen, in einer Demokratie würden die anderen Parteien nach einem solchen Wahlergebnis darüber nachdenken, was an ihrer bisherigen Politik falsch war und wie auch dem Willen der Wähler der neuen Partei mehr entsprochen werden könnte. Weit gefehlt: Die ersten Reaktionen der anderen Parteien sahen groteskerweise so aus, dass sie sich



in ihrer Politik bestätigt sahen. Das ging so weit, dass geäußert wurde, die grosse Mehrheit der Wähler habe doch insbesondere die Migrationspolitik der Bundeskanzlerin, die mit Abstrichen ja auch die Migrationspolitik von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Links-Partei ist, vollauf bestätigt. Lediglich die CSU sah dies anders, aber auch hier stand das Selbstlob im Vordergrund, denn man habe ja schon seit geraumer Zeit auf die falsche Migrationspolitik der Kanzlerin hingewiesen.

Die Frage, was die Wähler der AfD wollen, spielte keine Rolle; lediglich der Appell, die verirrten und verwirrten AfD-Wähler wieder auf den Pfad der politisch korrekten Parteien zurückführen zu wollen. Schon seit geraumer Zeit wird dabei gebetsmühlenartig die Parole wiederholt, diese Bürger hätten halt «Ängste», und die müssten ihnen durch «Aufklärung» genommen werden. Dass es ernsthafte sachliche Gründe für die Abwahl der bisherigen Parteienlandschaft geben könnte, wird erst gar nicht in Betracht gezogen.

Mich erinnert das an das Ende der DDR. Damals flohen zunehmend viele Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik. Selbstkritik der DDR-Führung gab es nicht. Aber am 2. Oktober 1989 war im «Neuen Deutschland», in der Zeitung der SED, über diese Menschen zu lesen: «Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen.»

Gibt es da denn noch einen prinzipiellen Unterschied zu dem, wie die Sprachrohre der Regierungspolitik und des Mantra von Angela Merkel «Wir schaffen das» ihre Kritiker gehässig zu titulieren pflegen? Das Ausmass an Perfidie ist heute sogar noch grösser als zur Endzeit der DDR – nicht zuletzt wegen des noch ungebeugten Willens zur Macht, des Einsatzes aller Arten von Machterhaltungs-Mechanismen und der Rückendeckung durch die Macht jenseits des Atlantiks. Die Polarisierung innerhalb der deutschen Gesellschaft ist schon weit vorangeschritten und die Bürgerschaft des Landes in vielerlei Hinsicht atomisiert.

Am 18. März haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten und der türkische Ministerpräsident auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt. In den deutschen Leitmedien wurde diese Erklärung – mit nur wenigen Abstrichen – weitgehend als Erfolg gewertet, vor allem als Erfolg für Angela Merkel und ihre Politik. Es lohnt sich aber, diese Erklärung (www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/03/18-eu-turkey-statement/) im Detail zu studieren und gründlich über deren Folgen nachzudenken. Die Erklärung beinhaltet sehr viele neuralgische Punkte, so dass schon jetzt behauptet werden kann, dass die Probleme nicht gelöst, sondern weitere Probleme hinzukommen werden.

Zum Beispiel: Mit unseren Rechtsgrundsätzen hat diese Erklärung nur noch wenig zu tun. So heisst es in Punkt 1 der Erklärung: «Alle neuen irregulären Migranten, die ab dem 20. März 2016 von der Türkei auf die griechischen Inseln gelangen, werden in die Türkei rückgeführt.» Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit und entspricht dem geltenden Recht, denn es geht ja um «irreguläre» Migranten, und man darf fragen, warum das nicht schon bislang der Fall war. Oder anders formuliert: Warum polemisiert die deutsche Regierung ständig gegen alle, die von Rechtsbrüchen in der Migrationspolitik sprechen, wo doch diese nun offen eingestanden werden? Punkt 2 der Erklärung fügt aber auch noch hinzu: «Für jeden von den griechischen Inseln in die Türkei rückgeführten Syrer wird ein anderer Syrer aus der Türkei in der EU neu angesiedelt.» Im Klartext heisst das: Für jeden Migranten aus Syrien, der ohne Rechtsgrundlage nach Griechenland kommt, darf ein Syrer aus einem türkischen Flüchtlingslager in die EU einreisen – aber nicht nur für eine begrenzte Zeit, sondern auf Dauer: Das Wort heisst «Neuansiedlung». Man könnte auch sagen: Die Türkei wird für den Rechtsbruch belohnt. Aber selbst, wenn man über die Verletzung des Rechts hinwegsehen und hoffen würde, die Zahl der Migranten so entscheidend verringern zu können, ist man erstaunt, wenn man Punkt 2 der Erklärung weiterliest. Der «Menschenhandel» mit der Türkei im Jahr 2016 hat eine Obergrenze: Zählt man zusammen, so kommt man auf die Zahl 72 000. Die sollen auf alle EU-Staaten – Ausnahmen sind Ungarn und die Slowakei – verteilt werden. Aber wie gross ist diese Zahl im Vergleich mit den 1,1 Millionen Migranten, die allein 2015 nach Deutschland gekommen sind ... und den 60 Millionen Menschen, die unterwegs sind? Und die Regelung gilt auch nur für Syrer. Nichts ist geregelt für die anderen Länder.

«Schutzzone» wofür?

Hochgradig problematisch ist auch der letzte Punkt der Vereinbarung: «Die EU und ihre Mitgliedsstaaten werden mit der Türkei bei allen gemeinsamen Anstrengungen zur Verbesserung der humanitären Bedingungen in Syrien, hier insbesondere in bestimmten Zonen nahe der türkischen Grenze, zusammenarbeiten, damit die ansässige Bevölkerung und die Flüchtlinge in sicheren Zonen leben können.» Die türkische Regierung fordert schon lange sogenannte «Schutzzonen» auf syrischem Gebiet entlang der gemeinsamen Grenze. Was sich dahinter tatsächlich verbirgt, war in den vergangenen Monaten zu beobachten: Militäraktionen der Türkei gegen die in

diesem Gebiet lebenden Kurden. Wird die EU nun die Hand dazu reichen? Ganz zu schweigen davon, dass von einer Zustimmung der syrischen Regierung zu solchen ›Schutzzonen‹ gar keine Rede ist. Soll erneut das Völkerrecht missachtet werden?

Diese wenigen Hinweise auf den problematischen Inhalt der Vereinbarung zwischen EU und Türkei mögen genügen. Viel wichtiger ist ein anderer Punkt: Die alle Tatsachen ignorierende öffentliche Lobhudelei für die deutsche Kanzlerin und ihre Migrationspolitik. Pro memoria: Dass die Zahl der Migranten, die nach Deutschland kommen, in den vergangenen Wochen tatsächlich gesunken ist, liegt nicht an der Politik der Bundesregierung, sondern an den Regierungen der Balkan-Staaten, die von Angela Merkel scharf kritisiert werden, weil sie ihre Grenzen nach Griechenland geschlossen haben.

Und: Das Problem einer ›Völkerwanderung‹ von 60 Millionen Menschen kann in der Tat nicht von einem einzelnen Land, aber auch nicht von der EU gelöst werden. Weder eine deutsche ›Willkommenskultur‹ noch eine ›Festung Europa‹ bieten eine Lösung. Es geht um ein Problem, das die Weltgemeinschaft insgesamt betrifft. Es geht um grundlegende Fragen der künftigen Weltordnung. Frieden und Gerechtigkeit? Oder weiter so mit Globalisierung, Imperialismus und Krieg – und Millionen von Migranten? Das Thema kann an dieser Stelle nicht ausdiskutiert werden.

Nicht nur ›Café Europa‹ auf der Leipziger Buchmesse

Schauplatz Buchmesse in Leipzig: Unter der Überschrift ›Europa21. Denk-Raum für die Gesellschaft von morgen‹ boten die deutsche Robert-Bosch-Stiftung, die Leitung der Leipziger Buchmesse und das deutsche Auswärtige Amt im extra dafür eingerichteten ›Café Europa‹ zahlreiche Veranstaltungen zu Fragen von ›Zuwanderung und Integration‹ an. Wer ein offenes Diskussionsforum erwartet hatte, wurde enttäuscht. Die Sprachrohre der politischen Klasse waren unter sich. Die Feindbilder, gegen die scharf polemisiert wurde, waren eindeutig: Alle diejenigen, die das Mantra der deutschen Kanzlerin kritisieren, alle diejenigen, die an der Idee souveräner und demokratischer Nationalstaaten festhalten ... und – wen erstaunt es – Russland. Zum Arrangement passte es, dass der diesjährige ›Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung‹ an den intellektuellen Prototypen des deutschen Transatlantikers, Heinrich August Winkler, für dessen Werk ›Geschichte des Westens‹ verliehen wurde. Da fragt man sich nach den inneren Zusammenhängen zwischen transatlantischer Bindung, Migrationspolitik und Feindbild Russland. Aber eine solche Frage wurde im ›Café Europa‹ nicht gestellt. Da wäre man selbst zum Feind geworden.

Indes, mit ihren 2000 Ausstellern jenseits des fragwürdigen Jugendkults ›Manga‹, rund 3500 Lesungen, Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen sowie ihren fast 200 000 Besuchern war die Buchmesse auch in diesem Jahr ein Ort der Begegnung, des Kennenlernens und des offenen und freien Gesprächs. Zensurversuche gegen ein deutsches politisches Magazin (Compact), die vor der Messe von einflussreichen Kreisen unternommen wurden, wurden von der Messeleitung mit dem berechtigten Hinweis auf die Meinungs- und Pressefreiheit zurückgewiesen. Der Preis dafür waren einige eingeschlagene Fenster einer Messehalle und lautstarkes Gegröle vor dem Stand des besagten Magazins. Aber die überwiegende Mehrheit der Messebesucher wie auch die Bürger insgesamt möchten mit diesen Methoden nichts zu tun haben. Mehr als je zuvor schätzen die Menschen das gleichwertige, offene und freie Gespräch auf ehrlicher und fundierter Grundlage. Das ist eine Chance für das Land.

Quelle: <http://krisenfrei.de/ein-markantes-licht-auf-den-inneren-zustand-deutschlands/>

Historikerin beweist: Grösste amerikanische Nachrichtenagentur kooperierte mit Nazis und verbreitet weiterhin Propaganda im Westen

Sputnik; Mi, 30 Mär 2016 06:24 UTC;

Die Agentur Associated Press (AP) hat in den 1930er Jahren **offiziell** mit den Nazis kooperiert und US-Zeitungen mit Material versorgt, das vom Propagandaministerium in Berlin verfasst bzw. ausgewählt wurde. Zu diesem Schluss gelangte die deutsche Historikerin Harriet Scharnberg nach Studium von Archivmaterial, berichtete ›The Guardian‹ am Mittwoch.

In einem in der Zeitschrift *Studies in Contemporary History* veröffentlichten Beitrag schrieb Scharnberg, dass sich AP dank dieser gegenseitig vorteilhaften bilateralen Kooperation mit dem Nazi-Regime Zugriff zu Informationen sichern konnte. Die AP, die sich als ›Korps der Marineinfanterie der Journalistik‹ bezeichnet (›immer als erste kommen und als letzte gehen‹), war die einzige westliche Nachrichtenagentur, die in Hitler-Deutsch-



© AP Photo/ Kevin Frayer

land nicht geschlossen wurde. Sie war im Land aktiv, bis die USA 1941 in den Krieg eintraten, hiess es in dem Beitrag.

Den Angaben zufolge hatte die Agentur mit Sitz in New York das sogenannte redaktionelle Gesetz unterschrieben. Demnach versprach die AP, weder im In- noch im Ausland Material zu veröffentlichen, das die Stärke des Reichs beeinträchtigen könnte. Dieses Gesetz verpflichtete die AP, Journalisten einzustellen, die für die Propagandaabteilung der Nazi-Partei tätig waren. Ein in den 1930er Jahren von AP engagierter Bildreporter – Franz Roth – war Mitglied der Propagandaabteilung der Schutzstaffel SS, dessen Bilder Hitler persönlich (zur Publikation) freigab.

Die AP entfernte Roths Bilder von ihrer Website, als Scharnberg das von ihr entdeckte Archivmaterial publik gemacht hatte. Die Agentur genehmigte dem Nazi-Regime ferner, ihre Bildarchive für die antisemitische Propaganda zu nutzen, darunter für die SS-Broschüre «Der Untermensch» und für die Broschüre «Die Juden in USA», schrieb «The Guardian».

«Statt Bildern von tagelangen Pogromen in Lwow (Lemberg), denen tausende Juden zum Opfer fielen, erhielt die US-Presse ausschliesslich Fotos von Opfern der Sowjets und «gnadenloser» Kriegsverbrecher der Roten Armee», sagte Scharnberg dem Blatt. Einem offiziellen AP-Vertreter zufolge weist die Agentur Erklärungen zurück, wonach sie freiwillig mit dem Nazi-Regime kooperiert hat.

«Die neuen Angaben könnten nur für Historiker von Interesse sein ... Aber die Beziehungen der AP zu totalitären Regimes werden seit kurzem wieder unter die Lupe genommen, nachdem die AP als erste westliche Nachrichtenagentur seit Januar 2012 ihr Büro in Pjöngjang betreibt. Es erhebt sich die Frage, ob AP-Publikationen aus Nordkorea tatsächlich unparteiisch sind», schrieb «The Guardian».

Quelle: <http://de.sott.net/article/23066-Historikerin-beweist-Grote-amerikanische-Nachrichtenagentur-kooperierte-mit-Nazis-und-verbreitet-weiterhin-Propaganda-im-Westen>

Nach Terroranschlag: Wut über Merkel auf Facebook



Angela Merkel: Auf Facebook unbeliebt wie eh und je.

Foto: Armin Kübelbeck / Wikimedia Commons (CC BY-SA 3.0); 24. März 2016 – 11:01

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat auf Facebook zwar fast zwei Millionen Fans. Allerdings nutzen viele Fans die Plattform, um über die Kanzlerin herzuziehen. Sogar die Terroranschläge in Brüssel bringen Merkel überwiegend Kritik ein. So schreibt ein User etwa: «Herzlichen Glückwunsch Frau Merkel. Sie haben es geschafft, dass erneut sehr viel Blut an ihren Händen klebt. Mit ihrer desaströsen Flüchtlingspolitik, mache ich sie alleine dafür verantwortlich, dass heute wieder viele Menschen ihr Leben lassen mussten. Schämen sie sich. Ich hoffe, sie werden ihre gerechte Strafe bekommen.» Unter diesem Kommentar heisst es allerdings: «Das interessiert diese alte Schachtel nicht.»

«Terror ist Werk von Frau Merkel»

«Abgelehnte Asylbewerber werden einfach nicht ausgewiesen (bestes Beispiel NRW), gewaltbereite Salafisten laufen unbehelligt durch Deutschland. Sie haben versagt!», wird der Kanzlerin offen ausgerichtet. «Dank für den ganzen Terror in der EU. Das ist alleine das Werk von Frau Merkel. Die ganzen Unschuldigen haben sie auf dem Gewissen! Sie sind eine Schande für Europa. Ich hoffe irgendwann bekommen auch Sie Recht zu spüren! Und das ohne Gnade!!!», heisst es in einem anderen Posting.

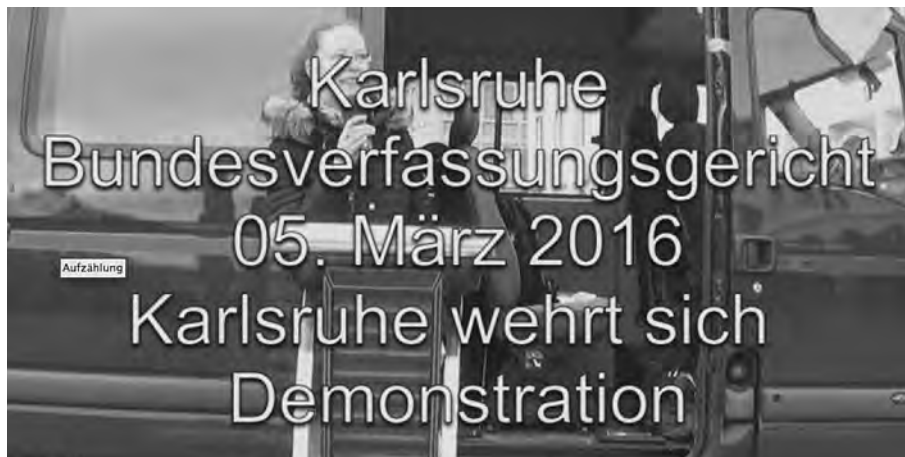
«Gelobt sei Angela Merkel, die Warmherzige, die Vorausschauende. Sie hat alles dafür getan, dass der Terror in Europa Fuss fassen kann und seine Söhne hier die eigene Zukunft von einer gestörten Welt verwirklichen können. Lasst uns Angela Merkel feiern, sie hat es geschafft», meint ein User zynisch. Auf Facebook gibt es mehr als 30 Fanseiten, die Angela Merkel den Rücktritt nahe legen. «Merkel muss weg», «Angela Merkel Rücktritt jetzt» oder sogar unter «Ferkel Merkel» findet man eine Fan-Seite.

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/content/0020342-Nach-Terroranschlag-Wut-ueber-Merkel-auf-Facebook>

Niemals in seiner tausend Jahre alten Geschichte, stand das deutsche Volk einer so existenziellen Bedrohung gegenüber

Posted by Maria Lourdes - 21/03/2016

Am 5. März 2016 fand vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Kundgebung der Bürgerbewegung «Karlsruhe wehrt sich» statt. Themen waren u.a. die ständigen Rechtsbrüche Merkels und das anstehende NPd-Verbot.



Die herausragendste Rede kam von der erst 22 Jahre alten Ester Seitz, zweifellos eine der talentiertesten deutschen Jungpolitikerinnen. Ihre Rede vor (wetterbedingt) magerem Publikum hätte in jedem deutschen Landes- oder auch im Bundesparlament gehalten werden können.

Empfehlenswert – trotz der erkenn- und hörbaren massiven Störungen der Antifa, die im Dienste der Systemparteien, allen voran der SPD, den Grünen und den Gewerkschaften stehen und das Grundrecht auf Rede- und Demonstrationsfreiheit faktisch bereits ausser Kraft gestellt haben.

«Karlsruhe wehrt sich» vor dem Bundesverfassungsgericht

Hier der Redetext von Ester Seitz:

Liebe anständige Deutsche, liebe Mut-Bürger von Karlsruhe,

«Denk' ich an Deutschland in der Nacht,
Dann bin ich um den Schlaf gebracht.
Ich kann nicht mehr die Augen schliessen,
Und meine heissen Tränen fliessen.»

Das sind die ersten Zeilen, die Heinrich Heine vor über 150 Jahren im Gedicht «Nachtgedanken» formuliert hat. In diesen schweren Zeiten dürften sich viele von uns in diesen Worten wiederfinden. Das Gedicht geht ja noch weiter und einige Strophen später heisst es:

«Deutschland hat ewigen Bestand,
Es ist ein kerngesundes Land;
Mit seinen Eichen, seinen Linden,
Werd ich es immer wiederfinden.»

Nehmen wir an, Heinrich Heine würde die heutigen Zeiten miterleben. Ich frage mich, ob dieser Absatz wohl trotzdem in dem Gedicht stehen würde. Denn es wird mit jeder Woche, jeden Monat deutlicher: Niemals in seiner tausend Jahre alten Geschichte, stand das deutsche Volk einer so existenziellen Bedrohung gegenüber, wie es in der heutigen Zeit der Fall ist. Manche Muster wiederholen sich zeitlos. Es gibt einen Text aus der Antike, der sehr gut auf den Punkt bringt, wer der gefährlichste Feind ist, dem ein Volk, ein Land, eine Nation gegenüberstehen kann.

«Eine Nation kann ihre Narren überleben – und sogar ihre ehrgeizigsten Bürger. Aber sie kann nicht den Verrat von innen überleben. Ein Feind vor den Toren ist weniger gefährlich, denn er ist bekannt und trägt seine Fahnen für jedermann sichtbar. Aber der Verräter bewegt sich frei innerhalb der Stadtmauern.

Er tritt nicht als solcher in Erscheinung: Er spricht in vertrauter Sprache, er hat ein vertrautes Gesicht, er benutzt vertraute Argumente. Er arbeitet darauf hin, dass die Seele einer Nation verfault.

Er treibt sein Unwesen in der Nacht – heimlich und anonym – bis die Säulen der Nation untergraben sind. Er infiziert den politischen Körper der Nation dergestalt, bis dieser seine Abwehrkräfte verloren hat. Fürchtet nicht so sehr den Mörder. Fürchtet den Verräter.»

Hier ist von einer schleichenden Eroberung die Rede, von einem stillen Krieg, einem Feind im Inneren. Genau das ist es, was uns in der heutigen Zeit begegnet. Der Feind unseres Volkes sitzt nicht einfach nur im Inneren. Er sitzt an den sensibelsten Stellen, an den Spitzen sämtlicher Organe, die über die Geschicke unseres Landes entscheiden. Ein diktatorisches Regime, das nicht das Wohl des eigenen Volkes im Sinn hat, bestehend aus Exekutive, Legislative, Judikative – und aus der vergessenen, vierten Macht im Staat: Den Medien. Das ist die grösste anzunehmende Katastrophe, die man sich nur ausdenken kann. Neben der Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte und der Zensur in Presse und Medien, was wir ja schon in vielen Reden lückenlos nachgewiesen haben, ist ein weiteres wichtiges Merkmal einer Diktatur die fehlende Unabhängigkeit der Justiz.

Deshalb stehen wir heute hier, vor dem höchsten Gericht des Landes um – auch symbolisch für alle juristischen Organe – das Einzige zu tun, was uns, dem entmündigten Volk, noch bleibt – auf der Strasse Widerstand leisten. Wir stehen heute hier vor dem Bundesverfassungsgericht, weil der letzte Schutzwall gegen eine totalitäre Parteidiktatur, die Justiz, genauso gefallen ist, wie alle anderen Organe, die die Demokratie schützen sollen, auch.

Das Merkel-Regime bricht am laufenden Band Gesetze, sogar die Grundgesetze und die Justiz sieht tatenlos zu. Dies ist unser Vorwurf. Sie macht sich sogar aktiv mitschuldig, durch Gesinnungsurteile, wie das gegen Michael Mannheimer im «Neonazi-Prozess». Das schlimmste Vergehen ist jedoch die juristische Tatenlosigkeit gegen – über Angela Merkel und ihrer ganzen Kabinett-Muppetshow – bei gleichzeitigem Vorgehen gegen oppositionelle Parteien – doch dazu später mehr. Ich stehe vor euch als Aktivistin, als eine Frau, die politisch aktiv wurde, weil diese Zeit es verlangt. Ich kann das alles juristisch nicht bewerten, aber Deutschland hat Akademiker, die es können. Menschen, die in Jura Zuhause sind und gleichzeitig den Mut haben, den Mund aufzumachen gegen dieses Unrechts-System. Die Analyse des Ex-Verfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier ist eindeutig. Er sagte folgendes:

«Noch nie war in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit so tief wie derzeit. Man hat inzwischen rechtsfreie Räume bei der Sicherung der Aussengrenzen. Die unbegrenzte Einreise ist ein Fehler – und zwar keiner, der auf umzusetzendem Recht beruht.»

Und der ehemalige Verfassungsrichter **Michael Bertrams** bezeichnet Merkels Handeln mit einem «Akt der Selbst-ermächtigung», der verfassungsrechtliche Fragen aufwirft. Noch deutlicher wird der Rechtswissenschaftler **Michael Klopfer**. Er sagt im Tagesspiegel:

«Die Bundeskanzlerin hat mit ihrer Entscheidung erneut die Verfassung und geltendes Recht gebrochen, wie sie dies schon vorher bereits mehrfach praktiziert hat. Die wiederholten Rechtsbrüche, die jeweils auch Verletzungen ihres Amtseides darstellen, lassen Zweifel an der hinreichenden rechtsstaatlichen Erdung der Bundeskanzlerin aufkommen.»

Das sind nicht die Einschätzungen irgendwelcher Politaktivisten, das sind juristische Aussagen von Staatsrechtlern! Auf solch einer juristischen Basis stand auch die zu Jahresbeginn eingereichte Klage gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Verfahrensbevollmächtigter war **Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider**. Ein Mann, der mit seinem Lebenslauf durchaus als juristisches Schwergewicht bezeichnet werden kann.

Eben jene Klage wurde von diesem Bundesverfassungsgericht vor einigen Tagen ohne Begründung abgewiesen. **Man hat sich also nicht einmal damit befasst.** Das Gericht hat die Klage nach Paragraph 93d Absatz 1 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes abgelehnt. Dieser Paragraph ist dazu da, um das BVG **von unsinnigen Beschwerden zu entlasten**. Hier jedoch wird der Paragraph dazu missbraucht, um sich nicht mit dem vermutlich grössten juristischen Skandal der Neuzeit beschäftigen zu müssen. Und genauso bestätigt es auch das Rechtsgutachten des anerkannten Verfassungsrichter **Udo Di Fabio**, der Merkels «Politik der offenen Grenzen» als einmaligen historischen Rechtsbruch bezeichnet.

Das einzige Fazit, das man aus der ohne Begründung abgewiesenen Klage ziehen kann, ist, dass eine Unabhängigkeit der Justiz in Deutschland nicht mehr gegeben ist. Womit wir wieder bei dem Merkmal für eine totalitäre Diktatur wären. Wenn es dem höchsten Gericht wichtiger ist, eine Rechtsbrecherin zu schützen, weil sie der Kopf eines Regimes ist – als dafür zu sorgen, dass Gesetze eingehalten werden, dann ist dies ein Unrechtsstaat. Und das Gericht ist dann nicht unabhängig, sondern eine vom Regime abhängige Instanz.

Im gleichen Atemzug, in dem die Klage gegen Merkel und ihr Kabinett ohne Begründung abgeschmettert wurde, leitet man jedoch, ganz zufällig kurz vor der Wahl, ein Verbotsverfahren für eine nationale Partei ein. Wir von «Karlsruhe wehrt sich» sind überparteilich und achten darauf, uns nicht zum Sprachrohr einer bestimmten Partei oder Gruppe machen zu lassen. Wir stehen nur für unser Volk und unser Vaterland hier auf der Strasse und alle, die auch dafür stehen, sind bei uns willkommen. Doch in diesen Tagen geschieht eine derartige Farce in diesem sogenannten Bundesverfassungsgericht, dass wir unsere eigene Regel dafür einmal brechen müssen.

Neben der abgewiesenen Merkel-Klage möchte ich hier als zweites Beispiel für unseren Unrechtsstaat das NPD-Verbotsverfahren ansprechen. Dabei geht es gar nicht darum, wer auf diesem Platz oder von uns nun welche Meinung zur NPD hat. Wenn wir für Meinungsfreiheit stehen, müssen sowohl befürwortende, als auch kritische Meinungen schlichtweg erlaubt sein. **Nein, es geht um das grundsätzliche, um den Grundsatz, unbequeme Opposition – ja, jegliche Opposition – einfach durch Verbote aus dem Weg zu schaffen, statt sich mit ihr auseinanderzusetzen. Das ist das Unrecht an der Sache!**

Hier findet ein Angriff eines völlig nach links gedrifteten Systems statt, das versucht, den rechten Flügel komplett zu eliminieren. Und deswegen muss das Thema heute angesprochen werden. Ich zitiere von der Website der ältesten und grössten antifaschistischen Organisation in Deutschland: «Warum ein Verbot der NPD nötig und möglich ist!»

Das erste Argument dieser Seite lautet: **«Die NPD ist gefährlich.»**

Betrachten wir doch einmal die anderen Parteien in der deutschen Polit-Landschaft. Die CDU hat sich unter der Führung Merkels zur treibenden Kraft der Abschaffung Deutschlands und der Missachtung jeglicher Rechtsstaatlichkeit entwickelt. Wie gerade schon ausgeführt, übertreten Merkel und ihr Gefolge Tag für Tag deutsches Recht und sogar das Grundgesetz. Diese Regierung hält sich weder an das Schengen-Abkommen, noch an die verfassungsgerichtlich vorgeschriebene Pflicht der deutschen Politik, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten.

Und ja, nach der Rechtsprechung des BVG haben die Staatsorgane die Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten – lest es im Internet nach! Merkel verstösst nicht nur gegen diese Identitätserhaltungspflicht, sondern sie macht sich schuldig des Verstosses von Artikel 6 des Völkerstrafgesetzbuches, in dem es heisst:

«Wer die Absicht hat, eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, wird mit lebenslanger Haft bestraft.»

Dieses Gericht müsste dafür sorgen, dass diese Gesetze eingehalten werden! Wir halten also fest für das Protokoll dieser Verbotsforderungs-Seite:

Die CDU ist gefährlich! Dann muss sie auch verboten werden!

Weiter geht es mit dieser Partei, die sonst eigentlich lieber Schlagzeilen machen, wenn mal wieder einer mit harten Drogen erwischt wurde – oder ein anderer Doktorspielchen mit kleinen Mädchen toll findet. Ihr könnt es schon erraten: **Die Grünen.**

Deren Vorstand hat beim Parteitag in München folgende Erklärung beschlossen:

«Es geht nicht um Recht oder Unrecht der Einwanderungsdebatte. Es geht uns zuerst um die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in unserem Land.»

Dieses Zitat erfüllt den **Straftatbestand nach Artikel 6 Völkerstrafgesetz**, indem sich die Grünen eindeutig zu einem schleichenden Völkermord an den Deutschen bekennen und diesen aktiv betreiben, als sie die Absicht zeigen, eine «ethnische Gruppe» «teilweise» zu zerstören. Wir stellen fest, die Grünen sind nicht nur gefährlich – sondern auch noch kriminell. **Sie müssten also ebenfalls verboten werden!**

Die SPD ist auch eine gefährliche Partei, da sie gemeinsam mit den Grünen und der Partei «Die LINKE» Mitorganisatoren und öffentliche Unterstützer einer kriminellen Vereinigung sind. Und zwar der, seit der Weimarer Republik, schlimmsten Bedrohung für den Bürger – damals Rotfront, heute nennt sie sich ANTIFA. Diese Parteien unterstützen einen bundesweiten, organisierten Schlägertrupp. Dass die ANTIFA die Streitmacht der Systemparteien bildet, zeigt sich besonders, seit der Widerstand gegen das System auf deutschen Strassen zunimmt. Auf Kosten der Antifa gehen nicht nur tausende, sondern zehntausende Straftaten. Das reicht von Sachbeschädigung an Gebäuden und Wohneinrichtungen, Fahrzeugen und endet bei unzähligen Körperverletzungen bis hin zu versuchtem Totschlag. Die Antifa hat in Deutschland stellenweise bürgerkriegsähnliche Zustände ausgelöst – wie Ende letzten Jahres in Leipzig – tausende von Autos zerstört oder niedergebrannt. Sie bedrohen schutzlose Demonstranten und politisch Aktive – und scheuen auch vor brutalen körperlichen Angriffen nicht zurück.

Erst kürzlich **bedankte sich die Partei «DIE LINKE» öffentlich bei der ANTIFA** für ihren Einsatz gegen Pegida-Demonstrationen. Es gibt genug Beweise, dass die ANTIFA von den Parteien Linke, Grüne, SPD und von den Gewerkschaften über den «Kampf gegen Rechts» finanziert wird. **Damit sind die zuvor genannten Parteien schuldig der Unterstützung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung.** Und nun stelle man diesen ganzen Block an totalitärem Verhalten der Systemparteien den Vorwürfen gegenüber, die man der NPD macht. Der zweite Punkt der NPD-Verbots-Argumentation ist aus der Feder der Linken einfach nur Realsatire. Man führt hier an:

«Verbrechen sind nicht erlaubt, auch keine politisch motivierten. Faschistische Politik läuft auf politisch motivierte Gewaltverbrechen hinaus. Wer eine solche anstrebt, fordert oder fördert, plant mithin Schwerstkriminalität. Es gibt keinen Grund, dies zu tolerieren.»

Aus dem zuvor gesagten massivsten linksmotivierten Gewaltverbrechen in Deutschland ist diese Aussage geradezu ein Hohn. Sämtliche Verfassungsschutzberichte der letzten Jahre zeigen, dass ein Grossteil der politisch motivierten Schwerstkriminalität von links kommt. Linke fordern zu Mord und Körperverletzung am politischen Gegner auf, zur erneuten Bombardierung von Dresden und zur Zwangsvergewaltigung von deutschen Frauen. Sie schreiben «**Deutschland verrecke**» und «**Wer Deutschland nicht liebt, hat Deutschland verstanden**» auf ihre Spruchbänder. Jeder der zuvor genannten Punkte ist Volksverhetzung und ein Aufruf zu Straftaten.

Wo ist da der juristische Aufschrei des Bundesverfassungsgerichtes? Wo sind die Verbotsanträge für Grüne, SPD und Linke, deren Parteibücher im Blut der ANTIFA-Verbrechen getränkt sind?! Kommen wir noch zu einem letzten «Argument» dieser Website. Es lautet:

«Ein Verbot der NPD fördert den Ausbau der Demokratie. Die NPD ist kein schützenswerter Bestandteil der Demokratie Deutschlands, sondern eine latente und zunehmende Gefährdung derselben.»

Das Wort «Demokratie» im Munde derer, die gerade die parlamentarische Diktatur in Deutschland einführen, ist genauso Realsatire wie das Wort «Frieden» auf einem Banner der Antifa. Ein Parlament, das aus einer schwarz-roten Blockpartei besteht – und eine Opposition aus Grün und Links, welche in Puncto Deutschland-Abschaffung und Migranten-Flut eifrig Beifall klatscht.

Wir haben keinerlei Opposition mehr, keine kritische Stimme, weder im Parlament, noch ausserparlamentarisch. Damit hat der einzelne Bürger de facto keine Möglichkeit, als Souverän seine eigenen Geschicke zu bestimmen.

An diesem Prozess ist nicht die NPD, wie vorgeworfen, beteiligt, auch nicht die AfD oder andere nationale Parteien, sondern die Systemparteien, welche die Demokratie längst an die Wand gefahren haben.

Damit ist der NPD-Verbotsantrag ein billiges Ablenkungsmanöver von der eigentlichen Gefahr, die weder von der NPD, noch von den übrigen systemkritischen Parteien ausgeht, sondern von den Etablierten, die unser Land mit Vollgas in den Abgrund treiben. Er ist auch ein letzter, verzweifelter Versuch des Systems, alle kritischen Stimmen so kurz vor der Wahl mit der Kriminellen-Keule zu erschlagen – jetzt, wo die Nazi-Keule ausgeleiert ist. Auch, wenn es noch nicht so offensichtlich erkennbar ist: Das Unrechts-System in Deutschland wackelt schon. Immer mehr Länder von aussen zeigen Merkel den Vogel – und auch die Bürger fangen damit an.

An jedem Ort, wo die BRD-Diktatorin zum Wahlkampf kommt, schallt ihr kein Applaus mehr entgegen, sondern «Merkel muss weg!» Es ist ein Anfang. Ein Anfang des Aufwachens.

Ich möchte aufhören mit den Worten eines Satirikers. Sie wurden vor langer Zeit weltberühmt – und heute könnten sie es wieder werden:

«Lasst uns kämpfen für eine neue Welt, für eine anständige Welt! Die jedermann gleiche Chancen gibt; Die der Jugend eine Zukunft und den Alten Sicherheit gewährt. Versprochen haben die Unterdrücker das auch, deshalb konnten sie die Macht ergreifen. Das war Lüge, wie überhaupt alles, was sie euch versprochen, diese Verbrecher. Lasst uns diese Ketten sprengen! Lasst uns kämpfen für eine bessere Welt! Lasst uns kämpfen für die Freiheit in der Welt, das ist ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt. Lasst uns diese Macht nutzen! Lasst uns zusammen stehen!»

Quelle: <https://lupocattivoblog.com/2016/03/21/niemals-in-seiner-tausend-jahre-alten-geschichte-stand-das-deutsche-volk-einer-so-existenziellen-bedrohung-gegenueber/>

Eine weitere routinemässige Exekution durch israelische Soldaten

Jonathan Cook

Das folgende Video, zur Verfügung gestellt von B'tselem, einer israelischen Gruppe, die die Okkupation beobachtet, zeigt klar einen Soldaten, der einen Palästinenser in Hebron exekutiert. Er wird mit einem Schuss in den Kopf getötet, nachdem er bereits kampfunfähig auf dem Boden liegt und für niemanden eine Gefahr darstellt.

Die israelische Armee hat das als einen «ernsten Vorfall» bezeichnet und führt eine Untersuchung durch. Warten wir ab, wie ernsthaft sie gegen den Soldaten vorgehen. Eines kann man sich sicher sein, nämlich dass ihm gar nichts passieren würde, wäre die Sache nicht gefilmt worden.

Am bemerkenswertesten an dem Video finde ich die routinemässige Art, in der der Vorfall von allen, die dabei sind, betrachtet wird. Zwei israelische Offiziere, die in der Nähe stehen, rühren keinen Finger, während der palästinensische Mann neben ihnen ermordet wird. Der Soldat, der den Palästinenser umbringt, redet sogar mit einem weiteren Offizier vor der Tat, wobei er offenbar die Genehmigung dazu bekommt.

Alle von ihnen scheinen das als standardmässige Vorgangsweise zu sehen. Und das ist es: im israelischen Militärjargon wird es als «die Tötung bestätigen» bezeichnet.

VIDEO > <https://www.youtube.com/watch?v=P-BI9zAM5A4>

erschieden am 24. März 2016 auf > Jonathan Cook: The Blog from Nazareth >

Quelle: http://antikrieg.com/aktuell/2016_03_24_eineweitere.htm

Undercover in Flüchtlingsheimen: «Unsere Politik schlägt gerade völlig fehl»

Posted on März 24, 2016 8:54 pm by jolu

Epoch Times, Donnerstag, 24. März 2016 20:44

Drei Monate Undercover in Flüchtlingsheimen: Terrorismus-Experte Shams Ul-Haq recherchierte an der Basis, um Politik und Gesellschaft wachzurütteln – und um zu helfen. Im Alter von 15 Jahren kam er selbst als Flüchtling nach Deutschland. Ein Exklusiv-Interview zu den brennenden Themen.



Shams Ul-Haq publiziert als Terrorismus-Experte für viele grosse Medien. Er lebt nahe Frankfurt am Main.

Foto: Facebook /Shams Ul-Haq

EPOCH TIMES: Was hat Sie zu Ihrer Undercover-Aktion bewegt?

Shams Ul-Haq: Da ich selbst vor etwa 25 Jahren als Flüchtling nach Deutschland gekommen bin, empfinde ich es als meine Pflicht, Flüchtlingen zu helfen. Schon vor einem Jahr habe ich angefangen, Kontakte zu knüpfen und meine Telefon-Nummer weiterzugeben. Mit Flüchtlingen sprechen und gegenseitiges Vertrauen aufbauen ist am allerwichtigsten. Wenn so eine Millionen-Menge Menschen kommt, dann gibt es Probleme. Und diese Probleme müssen an die Menschen, Politiker, Leser und Steuerzahler gebracht werden – damit die erfahren, was wirklich in den Flüchtlingsheimen los ist.

Die Politiker und Frau Merkel haben keine Ahnung davon. Erst wenn man selbst «Flüchtling» in so einem Lager war, kann man die Lage einschätzen. Deshalb war es für mich dieses Jahr eine Selbstverständlichkeit, mehrere Asylheime in Europa zu besuchen. Immer wieder habe ich mich eingeschleust und dann für die lokale Presse berichtet.

ET: Und das hat gewirkt?

Haq: Das lief sehr gut. Jedes Mal bedankten sich entweder Polizei, NGOs, Politiker oder auch Träger der Heime bei mir und sagten: «Wir wussten von diesen Problemen nichts, wir werden das sofort ändern.»

Wie im Gefängnis

ET: Wie viele Tage waren Sie ungefähr Undercover?

Haq: Ich war bisher in zehn Heimen in Deutschland, der Schweiz und Österreich – insgesamt circa drei Monate. Besonders lange war ich in Offenbach am Main, ganz einfach, weil ich in der Nähe wohne. Dort war ich 3 bis 4 Wochen und konnte nebenbei mein Leben und meine Arbeit am Laufen halten.

In Linz war ich eine Woche. Zwei Wochen in der Schweiz. Auch in Wien. In manchen Heimen muss man gar nicht übernachten – man geht tagsüber rein und abends wieder raus. Dann schlief ich manchmal im Hotel, weil die Zustände wirklich schwer waren. Aus manchen Heimen darf man gar nicht raus und ist eine Woche von der Aussenwelt abgeschottet. Das ist von Heim zu Heim unterschiedlich.

ET: Das heisst, Sie waren an Orten, wo Sie tun konnten, was Sie wollten, aber auch in regelrechten Haftanstalten?

Haq: Richtig. In manchen Heimen herrscht komplettes Internet- und Handyverbot, in anderen nicht. Deshalb musste ich immer erst ein, zwei Tage lang die Regeln kennenlernen, bevor ich meinen Plan machen konnte.

ET: Das klingt wie Gefangenschaft!

Haq: Das ist es auch. Die Flüchtlinge sind faktisch Gefangene. Deshalb sage ich als Terrorismus-Experte ja auch, wir brauchen keine Terroristen von aussen, die züchten wir uns in den Heimen gerade selbst – weil die Zustände so schlecht sind.

Wenn die Leute die ganze Zeit eingesperrt sind, kommen die erst recht auf dumme Gedanken. Sie haben Lange - weile, Extremisten und Salafisten machen da Werbung.

Salafisten und NPD arbeiten zusammen

Ein wichtiger Punkt, den ich in Berlin Tempelhof bemerkt habe: Da haben die Nazis von der NPD und die Salafisten, obwohl sie Feinde sind, längst eine Allianz gegründet, um dieses Land unsicher zu machen. Diese beiden Gruppierungen arbeiten sehr stark in Tempelhof und anderen Flüchtlingsheimen daran, Mitglieder zu gewinnen – weil die Zustände dort sehr schlecht sind.

ET: Moment: Dass die Salafisten in Asylheimen aktiv sind, wissen wir. Aber die NPD? Wie darf man sich das bitte vorstellen?

Haq: Es gibt viele ehrenamtliche Helfer von der NPD. Die melden sich da einfach an, bleiben ein, zwei Wochen und dann sprechen sie Flüchtlinge an. Weil wie gesagt, die NPD und die Salafisten haben in Berlin hinter den Kulissen eine Allianz gegründet, um Deutschland unsicher zu machen. Natürlich ist das nicht offiziell.

ET: Sie hoffen also beide durch Unruhe zu profitieren?

Haq: Exakt. Das Ziel der beiden ist das gleiche: Durch Unruhen die Bundesrepublik zu destabilisieren.

Ich weiss, was ich sage, denn ich bin Terrorismus-Experte ...

ET: Warum hat das bisher niemand berichtet?

Haq: Weil viele Journalisten nur von Nachrichtenagenturen abschreiben und viele Informationen nicht haben. Ich bin stattdessen unterwegs und rede mit Menschen.

ET: Und versucht unser Staat etwas dagegen zu tun? Die NPD ist schliesslich stark von V-Leuten des Verfassungsschutzes durchsetzt. Hat in Deutschland noch irgendwer die Absicht, die Wahnsinnigen zu stoppen – und KÖNNEN wir das überhaupt?

Haq: Das ist nun eine Frage der deutschen Politik – ein ganz anderes Thema. Nach meiner Erfahrung und nach dem was ich erlebt habe, finde ich, dass NPD und Salafisten in Deutschland sofort verboten gehören – doch das Grundgesetz verhindert dies. Da müsste der Bundestag erst etwas ändern. Und was das Bundeskriminalamt angeht: Die wissen das längst! Die reden da nur nicht offiziell drüber. Das BKA in Wiesbaden und Herr Münch haben mehrmals gesagt, dass in den Heimen mindestens 300 bis 500 IS-Schläfer sitzen. Die Zahl ist noch viel höher – über 5000. Aber man will der Bevölkerung keine Angst machen und gibt es deshalb nicht zu. Das ist die Problematik. Das BKA hat selbst seine V-Leute in Flüchtlingsheimen.

«Die Extremisten müssten sofort abgeschoben werden»

ET: Wie geht man konkret gegen IS-Schläfer vor ?

Haq: Vom BKA heisst es, dass sie Leute abhören und beobachten. Aber das ist ein Tropfen auf den heissen Stein und es müsste noch viel mehr getan werden. Wir sprechen hier von über einer Million Menschen, die nach Deutschland gekommen ist – und die Schläfer sind ja nicht nur in einem Asylheim, sondern überall in Europa und auch in der Bevölkerung untergetaucht. Man kann es überhaupt nicht mehr kontrollieren. Ich denke, da passiert noch viel zu wenig.

Diese gefährlichen Leute müssten sofort abgeschoben werden. Das Problem ist nur: Wenn ein Deutscher das sagt, heisst es sofort, er sei ein Nazi.

Dabei ist das komplett falsch. Die Leute, die unter Verdacht stehen, mit dem Islamischen Staat (Anm. Islamistischen Staat) zu tun zu haben – und es gibt ja nicht nur den IS, sondern noch viele andere Gruppierungen –, die müssen sofort abgeschoben werden. Da geht es um die Sicherheit in unserem Land und auch um den Ruf der anständigen Flüchtlinge.

Deshalb warne ich immer wieder davor, dass es in Deutschland nächstes Jahr oder in zwei Jahren einen Bürgerkrieg gibt – einen Bürgerkrieg zwischen den Rassen. Darauf müssen wir uns einstellen.

ET: Das Problem an der Flüchtlingskrise ist ja, dass Extremisten, Abzocker und Kriminelle die ganze mediale Aufmerksamkeit bekommen – gleichzeitig können sie nicht abgeschoben werden, machen munter weiter, und die anständigen Flüchtlinge haben das Riesenproblem, dass man ihnen überhaupt nicht mehr traut. Ich halte das gesellschaftlich für hochgradig explosiv.

Haq: Ja, da haben Sie vollkommen recht.

«Du kannst überall Geld bekommen – niemand kontrolliert»

ET: Kommunizieren Flüchtlinge zwischen den Heimen?

Haq: Natürlich. In den Heimen und unter den Heimen. Denn das Asylantrags-Verfahren funktioniert über-

haupt nicht. Du kannst in Tempelhof einmal Asyl beantragen, in Dresden, München und in Hamburg – und du kannst mit verschiedenen Ausweisen durch Deutschland laufen – niemand kontrolliert dich. Dieses Fingerabdruck-System zum Beispiel funktioniert gar nicht. Das heisst, man kann auf Staatskosten überall rumfahren, kriegt auch überall Geld und kann davon gut leben. Oder man kann das Geld auch dem Islamischen Staat (Anm. Islamistischen Staat) nach Syrien schicken ...

ET: Haben Sie sofort Geld bekommen?

Haq: Das ist wieder von Heim zu Heim verschieden. Mancherorts kriegst du sofort Geld, woanders wartest du wochenlang drauf. Manche geben dir 40 Euro pro Woche, andere 120 Euro pro Woche. Wenn ich von Flüchtlingsheimen Geld bekommen habe, habe ich es anschliessend direkt für ein Flüchtlings-bezogenes Projekt gespendet. Also, es ist ein totales Chaos. Was auch sehr schlecht ist: Manche bekommen mehr, andere weniger. Manchmal werden Syrer wirklich besser behandelt als andere – als seien die irgendwie berechtigter, hier Asyl zu erhalten.

«Merkels Politik schlägt gerade völlig fehl»

ET: Thema Integration. Wie stellen die Flüchtlinge sich ihre Zukunft in Deutschland vor? Wir haben hier einerseits Leute, die vor Krieg und Terror geflüchtet sind und andererseits welche, die wirtschaftliche Motive haben, denen Schleuser weisgemacht haben, dass man hier Häuser und Autos geschenkt bekommt. Berichte über solche Enttäuschungen gab es in den vergangenen Monaten immer wieder. Was sagen Sie dazu?

Haq: Daran ist Frau Merkel schuld. Sie hat ja gross in den Medien gesagt, Flüchtlinge sind willkommen und «Wir schaffen das.» Ihre Flüchtlings-Selfies samt Berichten darüber gingen wie ein Lauffeuer durch die Social-Media. Auch dass sie die Grenzen nicht dicht gemacht hat ... Durch diese Fehler holt sie automatisch alle hierher. Jetzt hat sie gemerkt, was für Mist sie gebaut hat und stoppt auf einmal alles wieder.

ET: Finden Sie, dass hier ein klares Signal an die Menschen fehlt, wie zum Beispiel ein Rückruf des «Wir schaffen das»? Nicht umsonst sitzen jetzt Leute in Idomeni im Matsch und hoffen vergeblich.

Haq: Was Sie gerade angesprochen haben ist vollkommen korrekt, genau so müsste es sein. Es ist das Gegenteil von menschlicher Hilfe, was jetzt passiert. Und was den Türkei-Deal betrifft, das ist kein Deal, sondern Menschenhandel.

Ich habe Informationen, dass in einem riesengrossen Erstaufnahme-Lager im griechischen Lesbos die Verhältnisse absolut menschenunwürdig sind – und was am schlimmsten ist, die Flüchtlinge dürfen da überhaupt nicht raus. Da geht es um Tausende Menschen, die dort hingekommen sind.

Mich haben Leute von dort angerufen und ich überlege, hinzufiegen.

Frau Merkels Politik schlägt gerade völlig fehl: Diejenigen, die sich aus Syrien auf den Weg gemacht haben und wieder zurückgeschickt werden, gehen mit Hass auf Deutschland nach Hause. Die werden sich sehr wahrscheinlich dem IS oder anderen gegen Europa gerichteten Kräften zuwenden.

Deshalb müssen wir damit rechnen, dass in Deutschland etwas Terroristisches passieren wird – danach werden wir sehen, ob es zu Gesetzesänderungen kommt.

Unter den über 1 Million Eingereisten gibt es ja Zigtausende, die NICHT registriert sind.

ET: Was ist Ihre Einschätzung zu den Verschwundenen? Wo sind die hin?

Haq: Dass die Leute abhauen, liegt an den menschenunwürdigen Verhältnissen. Die 30 Prozent Verschwundenen haben sich meiner Recherche nach zu je 10 Prozent wie folgt verteilt: Einige wurden von Salafisten und dem IS angeworben, die mit kleinen Gruppen hier in Deutschland operieren. Andere sind zu Verwandten gegangen, leben jetzt dort und versuchen zu arbeiten. Und die dritte Gruppe ist in andere europäische Länder weitergezogen. Deshalb mein Appell an Journalisten, undercover mit Flüchtlingen zu leben.

ET: Wie sahen Ihre Recherchen konkret aus?

Haq: Meine Recherchen kosten viel Geld, weil die Flüchtlinge Informationen nicht einfach so rausgeben. Am LaGeSo habe ich erstmal für 5 Euro Drogen gekauft und den anderen was zum Kiffen abgegeben, damit sie mir vertrauen. Abends bin ich mit denen Saufen gegangen. Erst wenn man zur Clique gehört, erzählen sie.

Freunde gewinnt man auch sofort, wenn man sagt: «Ihr könnt mein Handy benutzen.» Viele haben ein Problem, mit ihrer Familie Kontakt aufzunehmen, um ihnen zu sagen, dass sie lebendig angekommen sind.

Glaub mir, ein Flüchtling ist der glücklichste Mensch der Welt, wenn du ihm hilfst, zu Hause anzurufen. Dann bist du sofort sein bester Freund. Deshalb verwende ich diese Strategie, die natürlich nicht ganz billig ist. Anders kriegt man ihr Vertrauen nicht.

Bürokratie bremst Integration

ET: Wie stellen die Flüchtlinge sich ihr Leben in Deutschland vor? Denken die erst mal nur – Hauptsache, raus aus diesem Heim. Wie denken die?

Haq: Reden wir über das Politische. Eigentlich würden die Flüchtlinge Deutschland nützen, wenn das alles gut geregelt wäre. Reden wir jetzt mal nur von den Guten: Viele syrische Familien bestehen aus gebildeten Menschen. Auch Inder, Pakistanis und Afghanen – es gibt immer wieder gebildete Leute, die wollen in Deutschland studieren oder eine Ausbildung machen. Ich habe in den Heimen tatsächlich syrische Ärzte, sogar Englisch- und Deutschprofessoren getroffen. Die wollen hier ein neues Leben anfangen, haben aber keine Dokumente dabei. Denen ist am wichtigsten, dass ihre Kinder hier gut ausgebildet werden können. Und die haben meist vier bis fünf Kinder. Wenn deren Kinder nun in Asylheimen aufwachsen, ist das eine Katastrophe.

Auch ich bin mit 15 Jahren nach Deutschland gekommen mit dem Wunsch, hier ausgebildet zu werden und ein gutes Leben anzufangen – und ich habe es geschafft. Auch die anderen, vernünftigen Flüchtlinge haben dieses Ziel und es IST machbar. Nur müsste man es schnellstmöglich geregelt kriegen – die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen dauert viel zu lang. Wenn hier zum Beispiel durch Fachpraktika geprüft werden könnte, ob diese Leute wirklich drauf haben, was sie sagen, wäre ihnen viel geholfen.

ET: Die Bürokratie bremst also die schnelle Integration der Gebildeten und Integrationswilligen aus?

Haq: Definitiv. Oder haben Sie mitbekommen, dass in dieser Richtung politisch irgend etwas unternommen wird? Überhaupt nicht.

ET: Was kann man reell gegen die Salafisten tun? Jetzt nicht die Neuangekommenen, sondern die hier etablierten Personen.

Haq: Meiner Meinung nach müssten die salafistischen Vereinigungen in Deutschland sofort geschlossen und verboten werden. Erst dann würde sich ihre Zahl reduzieren.

Viele Jugendliche gehen den Salafisten auf den Leim oder hauen zum IS ab, weil sie keine Ausbildung und Zukunft in Deutschland haben. Man müsste viel mehr Jugendarbeit in Deutschland machen. Wir schicken Milliarden nach Afghanistan oder sonst wohin, statt sie bei uns in unsere Jugend zu investieren. Wenn wir dies tun würden, würden die niemals auf solche dummen Ideen kommen.

Man müsste die NGOs beauftragen, all die Jugendlichen einzusammeln, die neben der Spur sind. Es wäre sofort möglich, aber aus unerfindlichen Gründen wird es nicht getan. Das würde Deutschland um einiges sicherer machen.

Das Gespräch führte Rosemarie Frühauf.

Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/undercover-in-fluechtlingsheimen-unsere-politik-schlaegt-gerade-voellig-fehl/>

Israel: Neuer Bericht über Folter und Misshandlung palästinensischer Häftlinge

Posted by Maria Lourdes - 25/03/2016

Eine immer wieder auf den Plan tretende Bemerkung im Zusammenhang mit kritischen, beziehungsweise kritikwürdigen Aktionen Israels im Nahostkonflikt ist der Hinweis darauf, dass man Israel als Deutscher, beziehungsweise in der deutschen Öffentlichkeit, nicht kritisieren darf.

Falls man es doch tut, wird man umgehend mit Antisemitismus-Vorwürfen konfrontiert. Dabei münden die Argumentationen der ›Gutmensch-Voll-Idioten‹, welche in verschiedenen Narrativen Ausdruck finden, am bewussten Festhalten von historischen Lügen, die quasi zu einer neuen Religion aufgebaut wurden ...

... Aber Zorn und Kritik auf das, was die Israelis den Palästinensern angetan haben und immer noch täglich antun, ist für mich legitim und sogar zwingend! Was Politiker wie Intellektuelle oder der typische ›Gutmensch-Voll-Idiot‹ mit Freude tun, ist – diese grausame Politik gegenüber den Palästinensern zu entschuldigen, zu rechtfertigen oder sogar zu verherrlichen. Jede Kritik an dieser nationalistischen und kolonialistischen Politik Israels wird von ihnen als ›purer Antisemitismus‹ abgelehnt.

Shulamit Aloni, frühere israelische Ministerin für Erziehungsfragen und Knesset-Abgeordnete erklärt – (Anmerkung: http://www.weltkrieg.cc/shulamit-aloni/antisemitisch-die-antisemitismus-keule-video_e398d69b.html) den ›Antisemitismus‹-Trick. Israelis, Juden und Philosemiten wenden diesen Trick an, um jene anzuprangern, die Israel und dessen Politik kritisieren, zum Beispiel im Vorgehen gegen die Palästinenser.



Routinemässige Misshandlung palästinensischer Häftlinge während der Verhöre durch die ISA
In den letzten Monaten berichteten die israelischen Medien umfänglich über den Missbrauch und die Demütigungen von Seiten der Vernehmungsbeamten der Israelischen Sicherheitsagentur (ISA) gegenüber den jüdischen Häftlingen, die in den Brandanschlag in Duma verwickelt waren. Die Verhörmethoden, die mit Schmerzen und Leid verbunden sind, sind unakzeptabel und rechtswidrig; es gibt keine Rechtfertigung für ihre Anwendung. Eine engagierte kritische, öffentliche Debatte ist zweifelsohne gut, nachdem dies ans Tageslicht gekommen ist.

Aber die tägliche Misshandlung, Demütigung und Folter der ISA gegenüber den palästinensischen Häftlingen wird von den Medien und auch von der Öffentlichkeit mit Geringschätzung und Gleichgültigkeit aufgenommen.

Ein neuer Bericht von B'tselem und HaMoked mit dem Titel «Backed by the System» fokussiert auf ISA-Verhöre. 116 eidesstattliche Erklärungen palästinensischer Häftlinge, die in der ISA-Einrichtung des Schikmagefängnisses verhört wurden, berichten von einer grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung, die manchmal in Folter ausartet, als von der Regel bei ISA-Verhören.

Diese Methoden schliessen Folgendes ein: Ausgedehnten Schlafentzug, Einkerkierung in eine kleine, stinkende Zelle, gewöhnlich in Einzelhaft, schmerzhaftes Fesseln; Drohungen und Geschrei, unzureichende und schlechte Ernährung und Duschverbot über Wochen. Zusätzlich fand der Bericht, dass die Vernehmungsbehörden indirekte Mittäter bei der Folter sind, indem sie Informationen nutzen, von denen sie wissen, dass sie die palästinensische Behörde durch Folter erhalten hat.

Im Bericht betonen wir, dass diese Verhörmethoden nicht nur im Schikmagefängnis Anwendung finden. Sie erfolgen auch nicht nur auf Initiative bestimmter Vernehmungsbeamten oder Gefängniswärter. Vielmehr sind sie Teil eines brutalen Verhörsystems, das der Staat bewusst ins Leben gerufen hat, um den Verhörten physisch und psychisch zu brechen. Dieses System wird nicht nur von der ISA eingesetzt, sondern auch von zahlreichen anderen Behörden unterstützt, einschliesslich des israelischen Gefängnisdienstes, der IDF, der Staatsanwaltschaft und des Obersten Gerichtes.

Quelle: <https://lupocattivoblog.com/2016/03/25/routinemaessige-misshandlung-palaestinensischer-haeftlinge-waehrend-der-verhoere-durch-die-isa/>

So kritisieren Medien die europäische Asylpolitik

«Für Merkels Gastfreundlichkeit wird Europa Ankara teuer bezahlen»

Epoch Times, Donnerstag, 10. März 2016 14:22

«Auf den ersten Blick scheinen alle zufrieden zu sein. Die Wahrheit ist aber viel düsterer: In Brüssel wurde praktisch nichts erreicht,» kritisiert die bulgarische Zeitung «Duma» das EU-Türkei Treffen über die Asylkrise.



Angela Merkel; Foto: Thomas Lohnes/Getty Images

Das Angebot, das der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu in Brüssel überraschend vorlegte, sieht vor, dass die EU alle illegal eingereisten Migranten aus Griechenland wieder in die Türkei zurückschicken kann. Als Gegenleistung müsse die EU jedoch die gleiche Anzahl legaler Flüchtlinge aus der Türkei übernehmen. Bezahlt müsse dies alles von der EU werden, fordert die Türkei.

Darüber hinaus will die türkische Regierung Visaerleichterungen für seine Bürger, sowie die Beitrittsverhandlungen in die EU ausweiten. Ein Abschluss der Vereinbarung soll kommende Woche erfolgen.

Unterdessen schlossen die Balkanländer die Flüchtlingsroute nach Westeuropa. Was von der deutschen Kanzlerin heftig kritisiert wurde.

Insgesamt habe sich die Position Deutschlands im Zuge der Flüchtlingskrise jedoch bereits dramatisch verschlechtert. Angela Merkel sei uneinsichtig und Deutschland sei zu einem Bittsteller geworden. So heisst es in verschiedenen Medien.

Der österreichische «Standard» meint zum Beispiel: «Angela Merkel mag es als Durchbruch bezeichnen, andere Beobachter sehen das Nichtergebnis des EU-Sondergipfels mit der Türkei viel skeptischer. Aber selbst wenn es in den nächsten Wochen zu einem Flüchtlingsabkommen kommt, hat die EU in dieser Nacht ein tristes Bild abgegeben: innerlich zerstritten und den Begehren der Türkei hilflos ausgesetzt.

Die deutsche Kanzlerin schiebt dafür gerne ihren EU-Partnern, auch Österreich, die Schuld zu. Aber in Wirklichkeit tragen sie und ihre verunglückte Diplomatie selbst die Hauptverantwortung. ... Trotz wehrt sich Merkel in ihren öffentlichen Auftritten gegen das Scheitern, erreicht symbolische Erfolge wie jenen, dass im Gipfeldokument die Balkanroute nicht als geschlossen bezeichnet wurde. Aber das ändert nichts daran, dass die deutsche Aussenpolitik bei ihrer grössten Herausforderung seit der Wiedervereinigung an fast allen Fronten versagt hat.»

Und die «Neue Zürcher Zeitung» schreibt: «Die Flüchtlingswelle hat die deutsche Führungsrolle geschwächt. Deutschland ist in Europa zum Bittsteller geworden. Angesichts verstärkter nationaler Egoismen und des Versagens der europäischen Institutionen ist niemand in Sicht, der Europa mit einem klaren und überzeugenden Konzept aus der Ratlosigkeit und der multiplen Krise herausführen und das Vertrauen der Menschen in Europa zurückgewinnen könnte. In Anbetracht der desolaten Lage wäre dies sowieso ein höchst langwieriger Prozess.

Insbesondere die EU-Kommission als «Hüterin der Verträge» hat keine Führung gezeigt. Sie hat versagt. Sie hätte seit 2010 darauf bestehen müssen, europäisches Recht und die gemeinsamen Regeln einzuhalten, dann wären das Euro-Gebiet und die EU heute in einer völlig anderen Verfassung. Nach dem Verrat am Maastricht-Vertrag wurde auch gegen Schengen und Dublin verstossen. Neben dieser Schwäche der Kommission fehlt es vor allem an politischem Mut und an der politischen Weitsicht, Europas Strukturen zu stärken.»

Darüber hinaus wird von der spanischen Zeitung «El País» kritisiert, dass das Schengener Abkommen zunichte- gemacht wurde und die EU unfähig ist, «ein echtes Abkommen über die Verteilung der Flüchtlinge zu erreichen.»

In der derzeitigen Krise «wurde bewiesen, dass es möglich ist, Gesetze und Abkommen zu brechen, ohne dass etwas geschieht. Ein schlimmer Präzedenzfall für künftige Krisen.»

Und die Zeitung «Welt» zitierte die bulgarische «Duma» mit den Worten: «Auf den ersten Blick scheinen alle zufrieden zu sein. Die Wahrheit ist aber viel düsterer: In Brüssel wurde praktisch nichts erreicht. Alle Pläne sind nur vorläufige Abmachungen. Die wirklichen Lösungen können nicht vor dem 17. März erwartet werden – dann ist das reguläre Treffen des EU-Rats. Aber auch dann dürften sich die europäischen Führer kaum auf etwas Konkretes einigen. Die Differenzen in Europa über die Lösung der schweren Migrationskrise werden immer offensichtlicher. ...

Das einzige Ergebnis des Brüsseler Gipfels ist katastrophal für die europäische Politik. Die Gespräche mit (dem türkischen Regierungschef Ahmet) Davutoglu zeigten die wirkliche Hilflosigkeit der Europäer – die sind unfähig, mit der Migrationskrise fertigzuwerden, und erwiesen sich als völlig machtlos vor der türkischen Erpressung. ... Für die Gastfreundlichkeit von (Bundeskanzlerin) Frau (Angela) Merkel wird Europa Ankara allerdings teuer bezahlen.»

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/fuer-merkels-gastfreundlichkeit-wird-europa-ankara-teuer-bezahlen-a1313199.html>

Pazifismus und Realismus

Donnerstag, 4. Februar 2016 16:00 von Georg Immanuel Nagel



Georg Immanuel Nagel

Ein alter Bekannter, nennen wir ihn der Einfachheit halber «Martin», schrieb mir kürzlich eine höfliche, aber aufgeregte Nachricht.

Er kritisierte darin unter Anderem die «extremen» Äusserungen in meinem BN-Artikel «Es muss geschossen werden». Bei Martin handelt es sich um alles andere als einen Linken. Er ist ein eifriger Leser rechter Publikationen und hat meine Texte meist sehr gelobt. Nun meint er jedoch, ich hätte mich «radikalisiert»: «An Dir geht ein sehr begabter, meist vernünftiger Systemkritiker verloren, da Du Dich im Extremismus verzettelst, statt weiterhin (nur) ausgezeichnete Artikel in der «Zur Zeit» etc. zu verfassen.» Die diesbezügliche Diskussion zeigt die Zwickmühle von liberalen, bürgerlichen Systemkritikern, die aus falschen humanitären Überlegungen heraus gewisse Notwendigkeiten nicht zu ihrem harten Ende denken wollen.

Ist Asyl ein «Menschenrecht»?

Martin stört meine Ansicht, dass auf Grund der gegenwärtigen Lage das Asylrecht komplett abgeschafft werden muss: «Das Asylrecht ist eine grossartige Errungenschaft der Menschheit und kein Verbrechen. Verbrechen ist höchstens der Missbrauch desselben. In typisch ideologischer Manier vermischst Du ein zutiefst humanes Recht mit dem derzeitigen argen Missbrauch desselben. Da kann ich nicht mit! Ich bin für Menschenrechte, Du dagegen. Wenn ein Mensch durch Gewalt, Folter usw. am Leben bedroht wird, ist es ein Segen für ihn, in einem sicheren Land Schutz zu finden (auf Zeit natürlich). Krieg ist laut Genfer Flüchtlingskonvention kein Asylgrund;

nur individuelle Verfolgung. Ich bin dagegen, diesen Völkervertrag zu kündigen. Wärest Du verfolgt in Österreich, wärest auch Du froh, Schutz zu finden.»

Das Asylsystem ist keine «Errungenschaft» der «Menschheit» und auch kein «Völkervertrag», sondern etwas, das nur in den westlichen, das heisst europäischen Ländern existiert und hier von den liberalen und linken Blockparteien durchgesetzt wurde, ohne jemals das Volk zu fragen. Auch ohne Asylrecht hat man zuvor selten echte Flüchtlinge aus Nachbarländern abgewiesen, die wirklich nirgendwo anders hingehen konnten. Der gegenwärtige Apparat, der absolut jedem ein Recht darauf verbrieft erst einmal jahrelang hier im Sozialstaat leben zu dürfen, bis er vielleicht einmal abgeschoben wird, was meistens ohnehin nicht passiert, ist nicht tragbar. Der Anteil an Menschen die wirklich irgendwie individuell «verfolgt» sind, muss im kleinsten Promillebereich liegen. Dafür jedes Jahr Millionen illegale Einwanderer aufzunehmen und mühsam zu prüfen, ob vielleicht doch ein echter «Flüchtling» dabei sein könnte, ist einfach absurd.

Nur Europäer denken human

Das Konzept der «Menschenrechte» wird zudem nur gegen die Europäer verwendet, im Rest der Welt schert man sich nicht im Geringsten um diese abstrakten Vorstellungen. Als oberstes Menschenrecht muss wohl gelten, dass man Völker nicht vernichten darf und, dass jede Kultur ein Lebensrecht hat. Die gegenwärtige Völkerwanderung ist eine Eroberung, die letztlich auf eine Form des Genozids hinausläuft. Es mag zwar manchen Leuten wirklich schlimm gehen, doch es ist trotzdem unmoralisch, dem eigenen Volk alltäglichen Terror, Vergewaltigungen usw. zuzumuten, nur um einigen Fremden zu helfen. Deshalb betrachte ich den Asyl-Wahnsinn als ein Verbrechen der schlimmsten Sorte, da man eine ganze Völkerfamilie zugrunde richtet. Abstrakte humanistische Vorstellungen, die im Allgemeinen auch nur bei den Weissen vorherrschen, sind realitätsfremd und stehen dem überall sonst selbstverständlichen Selbsterhaltungswillen entgegen. Man kann nicht «Gutes tun», indem man anderen das Schrecklichste antut.

Auch die einfühlsame Argumentation, dass man es ja selber genauso machen würde, wenn man in der gleichen Lage wäre wie die «Flüchtlinge» und ebenso froh wäre in einer fremden Kultur «Asyl» zu bekommen, ist bei den Menschlichkeitsbeflissenen beliebt. Ich selbst könnte gar nicht in so einer Lage sein, da Wesen und Charakter, das ganze Sein einer Person an ihre Kultur, ihre Ethnie und das Volk gebunden sind. Mich gibt es nur, weil es unzählige Generationen an Europäern vor mir gab, die für ihr Lebensrecht eingestanden sind. «Ich» könnte nicht auf magische Art ein Araber sein. Die meisten Einwanderer haben wohl keine Sekunde lang daran gedacht, was es für uns bedeutet, wenn sie millionenfach in unserer Heimat siedeln, wie schrecklich unsere Lebenssituation dadurch wird und dass sie uns dadurch unser Land rauben. Sie kommen, weil sie dadurch einen Vorteil haben. Den westlichen universalistischen Humanitarismus gibt es eben nur bei den Europäern. Die Fremden denken nicht in abstrakten Kategorien wie «Menschheit», sondern vor allem an sich selbst. Genau das müssen wir auch endlich tun, und das hat nichts mit «Extremismus» zu tun, sondern ist einfach ungeschönter Realismus.

Dürfen wir uns verteidigen?

Zudem kritisiert Martin meine Äusserung, dass «echte Flüchtlinge» ja schliesslich auch «jederzeit in Ländern ihres Kulturkreises Zuflucht finden» könnten: «Können sie eben nicht, wenn sich die moslemischen Staaten weigern, Flüchtlinge aufzunehmen!» Nun, warum weigern sie sich? Warum möchten islamische Araber nicht andere islamische Araber aufnehmen? Einerseits weil auch sie wissen, dass es sich hier grossteils eben um keine echten «Flüchtlinge» handelt und andererseits wohl vor allem, weil sie die Massenmigration als Waffe sehen um Europa endlich zu erobern.

Wenn sich Milliarden Mohammedaner nicht um ihre eigenen Glaubensbrüder kümmern wollen, kann es nicht unsere Aufgabe sein, das stattdessen zu tun. Es handelt sich letztlich um eine moralische Erpressung, für die einzig und allein der angeblich ach so böse und «rassistische» weisse Mann empfänglich ist. Wenn wir uns auf diese Art erpressen lassen, dann sind wir die Sklaven fremder Völker und nicht mehr Herr über uns selbst. Diese Millionen «Schutzsuchenden» sollen gefälligst selbst für ihr Volk kämpfen, so wie ich das auch tue.

Pazifismus führt zu mehr Gewalt

Zuletzt zeigt sich Martin geschockt von meiner Ansicht, dass wir ohne den Willen zur Gewaltanwendung untergehen werden: «Ich habe Deinen Artikel in der «Blauen Narzisse», in der Du für «brutale Gewalt» an der Grenze eintrittst, gelesen. Da gehst Du über Frau Petry deutlich hinaus! Ich bin gegen Brutalität und gegen ausufernde Gewalt. Du kritisierst zu Recht die gewaltbereiten Linksextremen, bist aber in diesem Punkt nicht besser als diese.»

Ein häufiges Missverständnis ist, dass man glaubt, dass derjenige, der nüchtern und sachlich feststellt, dass wir uns gegen Gewalt ebenso mit Gewalt verteidigen müssen, genau dies auch haben will, ja direkt Lust dazu hat.

Ich habe das explizit nicht gewollt und auch nicht Frau Petry. Nur wenn man angegriffen wird, dann muss man sich verteidigen, ansonsten wird man ausgelöscht. An der Gewalt sind nicht die Realisten schuld, welche nun fordern, dass endlich gehandelt wird, sondern alle weichgespülten Pazifisten. Ich will auch keine «ausufernde Gewalt» oder Terror, wie ihn die Linken verbreiten, sondern einen gezielten Einsatz der Streitkräfte, die für genau diesen Verteidigungsfall geschaffen wurden.

Ungarn hat es richtig gemacht. Man hat sofort zur mildesten Form von Gewalt gegriffen, einen Zaun errichtet und die Tausenden «Syrer», die ihn erstürmen wollten, mit Pfefferspray abgewehrt. Dadurch wurde für Ungarn das Problem gelöst, da die Angreifer gemerkt haben, dass sie hier nicht weiterkommen. Durch die Einladungs- und Unterwerfungspolitik von Merkel und Co. rollen jetzt jedoch weitere Millionen Illegale auf uns zu. Ohne den Einsatz aller Kräfte, auch des Militärs, werden wir diese brutale Landnahme nicht abwenden können. Das ist einfach die bittere Realität. Hätten wir uns in unserer Geschichte niemals mit der Waffe in der Hand verteidigt, dann wären wir heute gar nicht mehr hier. Wir befinden uns im Krieg und müssen uns verteidigen – oder werden vernichtet. Tertium non datur.

Quelle: <http://www.blauenarzisse.de/index.php/anstoss/item/5514-pazifismus-und-realismus> (Erlaubnis liegt vor)

Sicherheitslücke: RFID-Chip muss unter die Schädeldecke

28. März 2016



New World Order: Es ist einfach beschämend, zu einem Zeitpunkt, an dem sich der RFID-Chip unter der Haut noch gar nicht flächendeckend durchsetzen konnte, schon über massive Sicherheitsprobleme desselben reden zu müssen. Nun gut, genau genommen ist natürlich der gesamte Planet ein einziges Sicherheitsproblem, welches doch gerade mit diesem RFID-Chip behoben werden sollte. Das alles birgt nun die weitere Gefahr, dass man die Akzeptanz dieser verwaltungstechnischen Neuerung alsbald mit Gewalt an den Mann bringen muss. Wir haben uns ein wenig näher mit dem Thema befasst und die noch geheim gehaltenen Probleme unter die Lupe genommen, leider mit schädelberstendem Resultat.

Berichteten die öffentlich-rechtlichen und übrigen grossen Medien in den letzten Jahren eher zurückhaltend bis negativ über den Erfolg der RFID-Chips, kann man in der jüngsten Zeit dort einen markanten Wandel wahrnehmen. Dieser Wandel in der Promotion konnte

aber auch erst eintreten, nachdem drei von vier Patentinhabern zu solchen RFID-Chips mit der MH-370 der Malaysia-Airline auf Nimmerwiedersehen vom Erdboden verschwanden. Immer mehr wird diese Technik seither über den Klee gelobt. Den Menschen wird zunehmend der Nutzen dieser Technik offeriert. Es hat sich also der Tenor der Berichterstattung deutlich verändert, was darauf schliessen lässt, dass die Sache inzwischen dringlich wird. Bei den hier erwähnten Positiv-Berichterstattungen ist immer **eine Hand im Spiel**. Die Art und Weise wie der erwähnte RFID-Chip eingebaut werden soll, ist dort vielfach beschrieben. Meist soll es zwischen Daumen und Zeigefinger implantiert werden. Näheres dazu kann man aus dem beigegeführten Filmmaterial ersehen.

Über die Vorteile dieser Technik müssen wir an dieser Stelle nicht referieren, vom schlüssellosen Betreten der Wohnung bis zur Geldversorgung beim Einkauf, nebst medizinischen Fundamentaldaten soll dieses Wunderwerk dann noch viel mehr können und beherbergen. Die totale Überwachbarkeit nennt sich zukünftig **ultimative Freiheit**. Das Blöde an diese Geschichte ist, genauso einfach wie man die digitale Identität zwischen Daumen und Zeigefinger implantiert bekommen kann, kann sie dort auch gestohlen werden. Damit haben wir heute dieses Sicherheitsrisiko erstmals benannt. Die schnellste und handlichste Variante dürfte «**Hand abhacken**» sein. Und schon kann man mit der so erbeuteten Identität bei Aldi, Lidl und Edeka bezahlen (sofern die Bonität passte) oder auch gleich zur Bank flitzen und sich mit frischem Bargeld eindecken, so lange es das noch gibt. Letzteres dürfte wohl der Renner werden, zumal man am Geldautomaten relativ ungestört ist und somit gleich alle abgehackten Hände nacheinander in Bargeld umsetzen kann.

Natürlich wird es auch den Terroristen auf diese Art und Weise viel leichter gemacht, was wiederum kontraproduktiv zu den derzeit laufenden **Anti-Terrormassnahmen** zu sein scheint. Mit etwas Geschick kann jeder

Terrorist so mehr oder minder stündlich seine Identität wechseln, sofern er denn genug Erbeutete davon auf Vorrat hat. Sobald es die Chip-Pflicht gibt, können auch die Terroristen gewiss sein, dass jeder eine Identität am Mann hat. Bisher musste man Ausweispapiere sehr aufwendig stehlen und konnte nie sicher sein, dass die Überfallenen auch entsprechende Ausweispapiere dabei hatten. Mit der Chip-Pflicht wäre jedenfalls gewiss, dass jedermann, den man von der Strasse holt, binnen weniger Momente seiner Identität berauben kann.

Maximaler Schutz vor Identitätsdiebstahl

Da wir nun das Problem erkannt und zugleich auch schon benannt haben, können wir uns folgerichtig der bereits in der Überschrift annoncierten Lösung zuwenden. Der Ein- als auch der Ausbau eines solchen RFID-Chips in den Schädel ist etwas komplizierter und auch risikoreicher, aber genau deshalb auch um Längen sicherer. Man erhöht damit deutlich das Risiko für die **Identitätsräuber**. Wäre das Ab- oder Aufschneiden der Hand maximal eine **Körperverschwendung**, dürfte die unfachmännische Öffnung des Schädels zum Zweck des Diebstahls der besagten digitalen Identität mehrheitlich den Tod des Bestohlenen zur Folge haben. Juristisch gesehen wäre dies angesichts der Planung und des bekannten Risikos dann Mord. Auf den Ermordeten selbst käme es hierbei auch gar nicht so sehr an, die wachsen ja wieder nach, vielmehr auf den Gesetzgeber, dass er Identitätsräuber nunmehr mit ganz anderen Strafmassen bedrohen und so korrekt abschrecken kann. Exakt das dürfte dann einen maximalen Schutz vor Identitätsdiebstahl darstellen. Wer hat schon Lust sich wegen Mordes jagen zu lassen?

Direkt im Gehirn ist der Chip noch wertvoller

Insoweit müssen wir jetzt nur noch die zweite Stufe der Vorteilsverkündungen einläuten, um auch diese neue und etwas risikoreichere Methode der digitalen Identität an den Mann zu bekommen. So wäre beispielsweise bei der direkten Implantation dieses Chips in das Gehirn eine verbesserte Überwachung der Hirnfunktionen möglich, damit natürlich auch alle möglichen Frühwarnungen, die den Probanden am Ende häufiger das Leben retten könnten. Dass er gerade wegen des Chips den Schädel eingeschlagen bekommen könnte, muss man ja nicht explizit als Negativmerkmal herausarbeiten. Immerhin kann die Verknüpfung zwischen Gehirn und Chip soweit gehen, dass man erkannte bzw. potentielle Terroristen im Bedarfsfall einfach ausschalten kann. Dies würde sich nicht nur für Terroristen sondern ganz generell auf Verbrecher beziehen. Bei bestimmten Hirnstrommustern, die auf kriminelle Aktivitäten schliessen lassen, könnte man die Probanden einfach und vollautomatisiert abschalten. Alles natürlich für eine schöne, bessere und sichere und vor allem freiere Welt. Das oben gezeigte Promo-Logo dürfte uns infolgedessen in den kommenden Jahren vermehrt über den Weg laufen.



In den USA war man diesbezüglich schon ein wenig weiter und wollte die gesamte Bevölkerung bereits bis 2017 mit entsprechenden Implantaten, hier allerdings noch in die Hand, versorgen: **NBC Reports: All Americans Will Receive an RFID Microchip Implant in 2017 (Video)!** ... [Before its News]. Unter Berücksichtigung der hier offenbarten Erkenntnisse wird es wohl eine Neuplanung geben müssen, die die sicherere Implantation ein wenig besser vorbereitet. Natürlich wird fast jeder die Notwendigkeit dieser kleinen Änderung einsehen, will er doch nicht zum Kreis der Terroristen zählen, die sich vermutlich einzig weigern werden einen derartigen Chip unter die Schädeldecke zu bekommen. Daher kann man getrost all jenen, die sich weigern, dies dann mit Gewalt antun, weil es nach der vorgebrachten Logik nur noch Terroristen sein können.

Alles in allem dürfte es mit der Zeit jetzt etwas knapp werden. Einerseits kostet die Aufrechterhaltung des Terrors Unmengen von Geld, andererseits droht jeden Moment der Zusammenbruch des Systems. Wenn das System kollabiert, bevor man diese Pläne umgesetzt hat, ist die ganze schöne neue Weltregierung mehr oder minder für die Katz. Die totale Kontrolle würde ohne diesen Chip immer nur unvollständig realisiert werden können. Vielleicht sollten wir der **Eine-Welt-Regierung** helfen ihre Pläne zügiger durchzusetzen, indem wir möglichst schnell losziehen und selber den Vorschlag machen, diesen dusseligen Chip endlich unter die Schädeldecke haben zu wollen.

Quelle: <http://qpress.de/2016/03/28/sicherheitsluecke-rfid-chip-muss-unter-die-schaedeldecke/> (Erlaubnis liegt vor)

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTE - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTlich
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? ...
... dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

~ AUSGABE 13/16 ~

INTRO

Im Artikel 6 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) hieß es: „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhass, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze [...] sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches.“

Viele DDR-Bürger wurden wegen kritischer Äußerungen, die nicht dieser „DDR-Korrektheit“ entsprachen, verurteilt. Heute, 25 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands, bekommt das Wort

„Hetze“ erneut einen existenziell bedrohlichen Charakter. Kritische Äußerungen von Journalisten und Buchautoren wurden öffentlich als „Hetze“ gebrandmarkt und hatten häufig unmittelbar deren Entlassung und wirtschaftliche Sanktionen bis hin zum Ruin zur Folge. Diese S&G-Ausgabe enthält Beispiele, wie mit Hilfe des Wortes „Hetze“ gezielt Zensur betrieben wird. Aber auch andere Fälle, wie die Gesetzgebung missbraucht wird, um die Bürger in ihren Rechten einzuschränken, kommen zur Sprache. [1]

Die Redaktion (pg./hm.)

Verfassungsbeschwerde ohne Begründung abgelehnt

pg. Frontex, eine Sonderkommission der EU, meldete für Dezember 2015, dass 60 % der Flüchtlinge nach der Genfer Konvention keinen Anspruch auf Asyl haben. Und dennoch durften allein in Deutschland täglich 3.000 bis 5.000 Flüchtlinge unkontrolliert die Grenze passieren. Gegen diese Asylpolitik der Bundesregierung hatte die Bürgerinitiative „Ein Prozent für unser Land“ am 30.1.2016

Verfassungsbeschwerde beim Verfassungsgericht eingereicht. Die vom renommierten Staatsrechtler Prof. Schachtschneider ausgearbeitete Verfassungsbeschwerde wurde vom Verfassungsgericht ohne Begründung abgelehnt. Hier liegt der Schluss nahe, dass die Beschwerde nicht verhandelt wurde, weil man dann der Beschwerde hätte recht geben müssen. [3]

Wirtschaftsportal boykottiert Facebook

pg. Das Internetportal Deutsche Wirtschaftsnachrichten (DWN) möchte über Facebook keine weiteren Nachrichten verbreiten. Nachdem einige Artikel ohne Angaben von Gründen von Facebook gelöscht wurden, erklärte

die DWN: „Das Publizieren unserer Artikel auf einer Webseite, deren Inhalte von der Bundesregierung bestimmt werden, kommt für uns aus prinzipiellen ethischen Erwägungen nicht in Frage.“ Das Wirtschaftsportal

Meinungsfreiheit in Deutschland stark eingeschränkt

enn. Am 27.8.15 war in verschiedenen Zeitungen zu lesen, dass der deutsche Justizminister Maas die Eigentümer von Facebook dazu drängte, „rassistische“ Einträge zu löschen. Sollte es sich tatsächlich um rechtswidrige Einträge handeln, dann ist Facebook aufgrund § 11 Teledienstegesetz zur Löschung verpflichtet. Mit dem Totschlagbegriff „rassistisch“ fallen aber auch Stimmen unter den Tisch, die nicht unter § 11 Teledienstegesetz fallen. Ende Februar wurde z.B. die Facebookseite von den Deutsch-Türkischen Nachrichten (DTN) gesperrt. Grund: Die DTN hatten ohne

Wertung darüber berichtet, dass Neapel einen *PKK-Chef zum Ehrenbürger ernannt hatte. Die Leitmedien berichten zwar stets von „Zensur“ in China oder Nordkorea, aber nicht im eigenen Land.

Dabei besagt Art. 5,1 des Grundgesetzes doch deutlich: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.“ [2]

*PKK: Arbeiterpartei Kurdistans ist eine kurdische, sozialistisch ausgerichtete militante Untergrundorganisation

Das enge Korsett des Zweckentfremdungsgesetzes

hm. Im Jahr 2013 wurde in dem Bundesland Baden-Württemberg, von den Medien totgeschwiegen, das Zweckentfremdungsgesetz beschlossen. Ähnliche Verordnungen waren zuvor schon in Bayern, Hamburg und Berlin verabschiedet worden. Dem Gesetz liegt im Wesentlichen die Absicht zugrunde, dass eine Wohnung ausschließlich als Wohnraum genutzt wird. Ein Wohnungseigentümer darf seine Wohnung nicht länger als 6 Monate unvermietet lassen, für gewerbliche oder berufliche Zwecke nutzen, bzw. er darf seine Wohnung nicht so umgestalten,

dass sie für Wohnzwecke unbrauchbar wird. Eine Gemeinde kann einem Eigentümer für die Zweckentfremdung einer Wohnung eine Geldbuße bis zu 50.000 € auferlegen. Fritz Kuhn, Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, bekundete, dass er im Zuge der Flüchtlingswelle und der begrenzten Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge auf die Umsetzung dieses Gesetz ein besonderes Augenmerk legen will.

Da kommt der Verdacht auf, dass dieses Gesetz gezielt für die von langer Hand geplante Flüchtlingswelle gemacht wurde. [4]

möchte sich keiner inhaltlichen Kontrolle unterziehen und bevor die Presse- und Meinungsfreiheit

wieder gewährt ist, keine weiteren Artikel posten. [5]

Quellen: [1] www.verfassungen.de/de/ddr/ddr49-i.htm | www.compact-online.de/wahrheit-unerwuenscht-merkel-regime-sperrt-facebookseite-von-anonymous/ [2] <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/markus-maehler/gedankenpolizei-medienprofessor-fordert-den-facebook-blockwart.html> | www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2016/02/524086/es-geht-ganz-schnell-so-zensiert-facebook-politische-inhalte/ [3] www.compact-online.de/frontex-bericht-fuer-dezember-60-prozent-der-fluechtlinge-nicht-asylberechtigt/ | www.compact-online.de/pressekonferenz-verfassungsklage-gegen-merkels-asylchaos/ | www.sezession.de/53449/verfassungsbeschwerde-abgewiesen-gespraech-mit-schachtschneider-zur-lage.html [4] <http://sciencefiles.org/2015/09/27/die-enteignung-beginnt-baden-wuerttemberg-beseitigt-demokratische-grundrechte/> | https://mfjv.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mfw/interim/Dateien/Downloads/Arbeiten_und_Leben/Wohnungsbau/ZwEWG.pdf [5] www.mnnews.de/index.php/politik/66627-wegen-zensur-dwn-stoppt-facebook-posts

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!
Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!
Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an **SuG@infopool.info**

Deutsche Regierung klagt ohne Beweise an

uw. Russland hat am 1.12.2015 in einer großen Pressekonferenz eine enge Kooperation zwischen der Türkei und der Terrororganisation ISIS aufgezeigt. Gemeinsame Öl- und Waffengeschäfte wurden stichhaltig nachgewiesen. Diesen unanfechtbaren Beweisen wollte die Bundesregierung mit einer eigenen Pressekonferenz am 4.12.2015 entgegen-

wirken, indem sie ihrerseits das Assad-Regime in Syrien bezichtigte, mit der ISIS zusammenzuarbeiten. Auf Nachfrage eines Journalisten, welche Beweise vorgelegt werden könnten, entgegnete der Pressesprecher des Auswärtigen Amtes, Dr. Schäfer, dass keine Beweise vorgelegt würden. Genau so funktioniert doch Propaganda! [6]

Warum schützt der deutsche Staat seine Bürger nicht vor Radioaktivität?

uw. Seit Jahrzehnten kämpfen Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen für eine regelmäßige staatliche Überprüfung des Trinkwassers auf radioaktive Stoffe. Bisher war der Widerstand der Atomlobby sehr groß, sodass keine regelmäßige Dokumentation dieser gefährlichen

Stoffe stattfand.

Das Unglück von Tschernobyl jährt sich bald zum 30. Mal, aber erst seit dem 1.12.2015 wird erstmals das Trinkwasser überprüft. Dabei sollten die Staatsdiener doch vorrangig dem Volk und nicht der Atomlobby dienen. [8]

Jitzchak Rabin – Friedensstifter oder Taktiker?

el./kn. Dass einflussreiche Politiker für ihr Handeln häufig beste Motive vorgeben, im Verborgenen aber schändliche Ziele verfolgen, dafür ist US-Präsident Obama ein Beispiel: Trotz Friedensnobelpreis führt er weltweit Kriege. Doch die Unterscheidung zwischen vorgeschobener und tatsächlich guter Absicht ist nicht immer einfach. Der ehemalige Verteidigungsminister und Ministerpräsident Israels, Jitzchak Rabin, erhielt beispielsweise 1994 den Friedensnobelpreis, weil er sich ab seiner 2. Amtszeit um Frieden mit den Palästinensern bemühte. Kritiker Rabins behaupteten, dies wäre nur Taktik, um im Schatten des Friedensprozesses verdeckt gegen die Palästinenser vorzugehen. Rabins Vergangenheit lässt diese Vermutung zu: Er soll als Verteidi-

gungsminister gesagt haben, er wolle den Palästinensern „die Knochen brechen“. Doch scheint Rabin danach eine innere Verwandlung durchgemacht zu haben. Denn der Friedensaktivist Uri Avnery, der selbst stets mit Israelis und Palästinensern Kontakt suchte, sagte über Rabin: „Sein Herz und sein Mund stimmten überein.“ Im eigenen Land wurde Rabin wegen seiner Politik Verräter und Mörder genannt. Rabbinische Gruppen riefen öffentlich zur Gewalt gegen ihn auf, bis er schließlich 1995 ermordet wurde. Seit seinem Tod stockt der Friedensprozess. Die Tatsache, dass Rabin trotz Gefährdung seines Lebens den Weg des Friedens fortsetzte, zeugt eher von einem echten inneren Einstellungswandel als von taktischem Kalkül. [10]

Großzügig organisiertes Flchten

ab. 12 Stiftungen haben sich zum „European Programme for Integration and Migration“ (EPIM) zusammengefunden, um möglichst viele Migranten nach Europa zu bringen. Die Stiftungen mit einem Gesamtvermögen von 34 Milliarden Euro manipulieren die Politik. Sie finanzieren Pro-Migrations-Organisationen, veranstalten Trainings- und Orientierungsseminare für Flüchtlinge vor deren Abreise und nach ihrer Ankunft in den Zielländern. Die „Open Society Foundation“, Teil

der EPIM, ist eine Stiftung des US-Milliardärs George Soros. Sie fordert „eine Million Einwanderer pro Jahr“ für Europa. Die in Osteuropa sehr aktive Stiftung „PASOS“, ebenfalls Teil des Soros-Imperiums, bewirbt ein Europa der ungehinderten Einwanderung. Wenn diese Stiftungen der Schwerstreichen scheinbar soviel Herz für Flüchtlinge haben, warum helfen sie ihnen dann nicht in deren Heimatland oder z. B. in den USA? [7]

US-Beschluss bedroht

Meinungsfreiheit und Demokratie in Europa

sb. Im Januar 2016 machte die britische Zeitung „The Telegraph“ einen Beschluss aus dem US-Abgeordnetenhaus bekannt, der versucht, jede EU- und NATO-kritische Stimme aus Politik und Gesellschaft aufzulösen. Der US-Kongress beauftragte hierzu den Direktor für die Geheimdienste in den USA, James Clapper, Europa auf vermeintliche russische Unterwanderungen zu untersuchen. Hierbei sei das besondere Augenmerk auf EU-kritische gemeinnützige Organisationen und Parteien zu richten. Die USA sehen einen angeblichen geheimen Einfluss Russlands in allem, was die NATO hinterfragt und die Stationierung von US-Raketen v.a. an der Grenze zu Russland zu blockieren versucht. Ebenso seien alle Bestrebungen einzelner EU-Länder, die Strafsanktionen gegen Russland zu widerrufen und der russischen Energie den Vorzug zu geben, Indizien für eine angeblich geheime Einflussnahme Russlands. So wurde ein niederländisches Referendum, das die Haltung der

Niederlande zur EU-Assoziation der Ukraine prüfen soll, unter starken Verdacht russischer Unterwanderung gestellt. Auch in Österreich sollen Parteien unter dem Verdacht einer russischen Unterwanderung stehen, nur weil eine Gruppe von Abgeordneten die Krim besucht hatte und aufgrund ihrer Vorortrecherche die Wiederangliederung der Halbinsel an Russland für gut geheißen hätte, so die Zeitung „The Telegraph“. Das gezielte Äußern von Verdachtsmomenten ist offensichtlich ein weiteres strategisches Kriegsmittel der US-Regierung, kritische Stimmen und Konkurrenten zu beseitigen. [9]

Schlusspunkt •

Wir müssen anfangen, uns auf das zu konzentrieren, was uns verbindet und nicht auf das, was uns trennt! Dann sind wir nämlich wie Wassertropfen, die sich ungehindert miteinander verbinden und so zu einer starken, durch nichts aufzuhaltenden Welle werden. Praktisch geschieht das in ersten Schritten so, dass ein verbindliches S&G-Netzwerk entsteht, in das auch jeder Leser sich einbringen kann. Wie das geschieht, verrät sein S&G-Kurier.

Die Redaktion (pg./hm.)

Quellen: [6] www.youtube.com/watch?v=p_exkcN-RrQ | www.tagesschau.de/ausland/putin-tuerkei-105.html [7] <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/friederike-beck/wie-das-big-money-die-migrationskorridore-nach-europa-steuert-teil-i-die-international-migration.html> | <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/Deutschland/friederike-beck/das-netzwerk-fuer-migration.html> [8] www.augsburger-allgemeine.de/politik/Das-aendert-sich-am-1-Dezember-2015-id36204022.html [9] www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/russia/12103602/America-to-investigate-Russian-meddling-in-EU.html | <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/01/21/usa-leiten-untersuchung-gegen-nato-kritische-parteien-in-europa-ein/> [10] https://de.wikipedia.org/wiki/Jitzchak_Rabin#Zweite_Amtszeit_und_Rolle_im_Friedensprozess | www.uri-avnery.de/news/59/15/Texte-von-Uri-Avnery

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 19.3.16

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage
Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan

Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



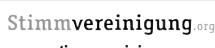
www.anti-zensur.info



www.klagemauer.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv

Udo Ulfkotte klärt auf: Gekaufte Journalisten – Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken



Buchbeschreibung bei:
amazon.de

Haben auch Sie das Gefühl, häufig manipuliert und von den Medien belogen zu werden? Dann geht es Ihnen wie der Mehrheit der Deutschen. Bislang galt es als ›Verschwörungstheorie‹, dass Leitmedien uns Bürger mit Propagandatechniken gezielt manipulieren. Jetzt enthüllt ein Insider, was wirklich hinter den Kulissen passiert.

Der Journalist Udo Ulfkotte schämt sich heute dafür, dass er 17 Jahre für die ›Frankfurter Allgemeine Zeitung‹ gearbeitet hat. Bevor der Autor die geheimen Netzwerke der Macht enthüllt, übt er konsequent Selbstkritik. Er dokumentiert hier zum ersten Mal, wie er für seine Berichterstattung in der FAZ geschmiert und die Korruption gefördert wurde. Und er enthüllt, warum Meinungsführer tendenziös berichten und wie der verlängerte Arm der NATO-Pressestelle Kriege medial vorbereitet. Wie selbstverständlich wurde auch der Autor in die Netzwerke amerikanischer Eliteorganisationen aufgenommen, erhielt im Gegenzug für positive Berichterstattung in den USA sogar eine Ehrenbürgerurkunde.

In diesem Buch erfahren Sie, in welchen Lobbyorganisationen welche Journalisten vertreten sind. Der Autor nennt Hunderte Namen und blickt auch hinter die Kulissen jener Organisationen, welche unsere Medien propagandistisch einseitig beeinflussen, etwa: Atlantik-Brücke, Trilaterale Kommission, German Marshall Fund, American Council on Germany, American Academy, Aspen Institute und Institut für Europäische Politik. Enthüllt werden zudem die geheimdienstlichen Hintergründe zu Lobbygruppen, die Propagandatechniken und die Formulare, mit denen man etwa bei der US-Botschaft Fördergelder für Projekte zur gezielten Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Deutschland abrufen kann.

Wenn die CIA vorgibt, was geschrieben wird

Können Sie sich vorstellen, dass Geheimdienstmitarbeiter in Redaktionen Texte verfassen, welche dann im redaktionellen Teil unter den Namen bekannter Journalisten veröffentlicht werden? Wissen Sie, welche Journalisten welcher Medien für ihre Berichterstattung geschmiert wurden? Und haben Sie eine ungefähre Vorstellung davon, wie renommierte ›Journalistenpreise‹ vergeben werden? Da geht es im Hintergrund zu wie bei den einstigen Ehrungen der ›Helden der Arbeit‹ in der früheren DDR – da wird Propagandaarbeit ausgezeichnet. Vom Journalisten zum Propagandisten ist es nicht weit. Wenn Sie dieses Buch gelesen haben, werden Sie unsere Zeitungen mit ganz anderen Augen sehen, den Fernseher öfter einfach abschalten und auch wissen, was Sie dem Radio noch glauben können: Fast nichts. Denn Ulfkotte schreibt auch penibel auf, welcher Sender welcher politischen Partei gehört und welche Journalisten wie beeinflusst werden. Sie erkennen, wie Sie manipuliert werden – und Sie wissen, von wem und warum. Am Ende wird klar: Meinungsvielfalt wird jetzt nur noch simuliert. Denn unsere ›Nachrichten‹ sind häufig reine Gehirnwäsche.

Top-Kundenrezensionen

Von Christian Döring HALL OF FAME REZENSENTTOP 100

REZENSENTVINE-PRODUKTTESTER am 18. September 2014

Format: Gebundene Ausgabe

Ulfkotte hat in den letzten Jahren bereits mehrere äusserst lesenswerte Bücher zu gesellschaftlichen Themen veröffentlicht. Längst stimme ich nicht mit allen überein, bei diesem nun vorliegenden stimme ich ihm völlig zu! Spätestens seit dem Beginn des Ukraine-Konfliktes habe ich mich des Öfteren gefragt, wem gehören die Journalisten auf den vielen Kanälen, die mir alle die absolute Wahrheit erklären? Sicher hat jedes Individuum seine ganz subjektive Wahrheit und das sei ihm auch zugestanden, weil, dies ist menschlich. Aber Journalisten gegen Geld nur das sagen oder schreiben lassen, was der Geldgeber hören oder lesen will, dies ist demokratiegefährdend! Erschreckend ist beim Lesen, dass der Autor nicht nur Einzelfälle schildert, sondern ein ganzes System blosslegt. Er nennt Ross und Reiter.

Nach dem Lesen sitze ich ein wenig hilflos rum. Was kann ich solch einer geballten Macht gekaufter Journalisten, die wiederum im Lobbyisten-Filz hängen, entgegensetzen? Ulfkotte rät dazu, ihnen die Quote und die Auflage zu vermiesen. Ist das praktikabel?

Auf alle Fälle sollte man die Informationen aus diesem Buch in sein Hirn hineinlassen. Bei der nächsten Nachrichtenendung muss klar sein: Das soeben Aufgetischte ist nur eine von vielen Wahrheiten! Wer wirklich gut informiert sein will, der muss sich heute auf den Weg machen, um Nachrichten verschiedener Sender zu vergleichen, so wird er unterschiedliche Wahrheiten finden. Meiner Meinung nach ist es nicht mehr gut, nur einer Nachrichtenquelle zu trauen.

Udo Ulfkotte hat meinen Gutglauben an die Zunft der Journalisten gründlich zerstört!

Von Stevie ;o) TOP 500 REZENSENT am 18. September 2014

Vielleicht wundert sich der eine oder andere weshalb von «Qualitätsmedien» in bestimmten Themen die gleiche Meinung (bestenfalls in leichten Schattierungen) vertreten wird!? «Der Euro ist gut für Deutschland; Eurorettungspakete sind notwendig zur Stabilisierung der Eurozone; Wir brauchen ein Freihandelsabkommen und Deutschland wird davon am meisten profitieren» (Warum schreibt die Presse kaum inhaltlich über TTIP und so gut wie gar nicht über TISA!???), USA ist gut «Russland ist böse», «Sanktionen gegen Russland sind notwendig», etc. auch die Berichterstattung über die BND-Spionage-Affäre war mehr als einseitig. Warum wird meistens nur geschrieben, dass Politiker abgehört werden? Was ist mit der Überwachung der ganzen Bevölkerung?

In dem hier vorliegenden Band: 1 (von insgesamt 3 geplanten Bänden) geht es darum, welche geheimen Netzwerke unsere Informationsflut steuern. Das Thema wie die «Qualitätsmedien» Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen bzw. diese massiv beeinflussen – ist für gutinformierte Bürger sicherlich nicht neu und wurde auch öffentlich schon einige Male aufgegriffen z.B. von der ZDF-Satiresendung «Die Anstalt» (in Sendung vom 29. April 2014) oder in der ARTE Doku – «Benutzt und gesteuert» (2006) oder in der Doktorarbeit von Uwe Krüger

Von Diplom-Soziologe Frank Wolfram Wagner am 29. Juli 2015

Format: Gebundene Ausgabe; Verifizierter Kauf

Udo Ulfkotte schrieb dies Buch, weil ihn Peter Scholl-Latour dazu ermutigt hatte. Die USA haben in Deutschland politische Interessen. Diese Interessen werden auch in der FAZ vertreten, durch deutsche Journalisten, die in Deutschland die politischen Interessen der USA vertreten. Man kann auch sagen, sich freiwillig instrumentalisieren lassen. Das war immer so seit 1945, nur stört das heute immer mehr Menschen, wenn Deutschland politisch offiziell ausschliesslich pro USA tickt. Ulfkotte erkennt im Verfassen dieses Buches seine Gelegenheitsstruktur des Protestes gegen den unhinterfragten politischen Bündnis-Status-Quo in Deutschland.

Von kabeaar am 31. Oktober 2015

Seit Jahrzehnten (ca. 1980) spüre ich, dass mit den Medien ein Wandel stattgefunden hat. Etwas stimmte nicht mehr. Berichterstattung über den Irak-Krieg, Afghanistan-Krieg, Politiker-Begleitungen etc. führten dies auch vor Augen. Durch das zu Verfügung stehende Internet ist man nun in der Lage, mit Spürsinn und viel Zeit, die glaubhaften Informationen zu bekommen, die man zur Meinungsbildung benötigt. Da mir der Eindruck aufgedrängt wurde, was meine Meinung sein sollte, wie im Delirium von allen Fernsehsendern, meiner Tageszeitung, Radiosendern, Kirchen-Parteien usw. als Einheitsbrei wiedergegeben. Kritische Betrachtungen gibt es nicht dazu. Würde gerne auf diese Medien verzichten – habe schon die Kündigung der Tageszeitung erwogen.

Gibt es dafür ein geheimes Ministerium? Ist das fremdgesteuert?

Von den Medien erwarte ich Informationen und Aufklärung, meine Meinung bilde ich mir selbst. Dieses Buch gibt mir große Freude und Einiges, ist mir nun durch Details, viel klarer geworden.

(Quelle: http://www.amazon.de/Gekaufte-Journalisten-Udo-Ulfkotte/dp/3864451434/ref=sr_1_1?ie=UTF8&qid=1458841924&sr=8-1&keywords=dr+udo+ulfkotte)

Dazu gibt es Videos bei <https://www.youtube.com/watch?v=IX864tZ3cMw> und https://www.youtube.com/watch?v=App8hfb_e1U



Achim Wolf, Deutschland

Warum sagt Merkel nichts zu Palmyra?

Dienstag, 29. März 2016, von Freeman um 17:00

Am 27. März gab das syrische Militärkommando bekannt, Palmyra, die antike syrische Oasenstadt, deren 2000 Jahre alten römischen Bauten seit 1980 zum UNESCO-Weltkulturerbe gehören, sei vollständig von den Terroristen des Islamischen Staates (IS; Anm. Islamistischen Staates) befreit und damit zurückerobert worden. Im Mai 2015 hatten Mitglieder des IS Palmyra eingenommen und historische Bauwerke in die Luft gesprengt. Es handelt sich aktuell um die grösste militärische Niederlage des IS seit dem Aufkommen in Syrien vor mehr als drei Jahren. Und? Was sagen die sogenannten westlichen politischen Führer dazu? Nichts. Sie schweigen. Ist ja auch klar warum. Weil die «Bösewichte» den Sieg errungen haben, nämlich die Armee von Präsident Assad, mit Hilfe des russischen Militärs, der Kämpfer der Hezbollah und der iranischen Militärberater. Andersherum, wenn die Amerikaner Palmyra von den radikal islamischen Terroristen befreit hätten (ich weiss es ist ein Witz), dann würden sich Washingtons Marionetten vor Lob überschlagen und die Schlagzeilen wären haushoch. Die einzigen Staatsführer, welche die syrische Armee für diesen Sieg gelobt haben, waren Russlands Präsident Wladimir Putin und Irans Präsident Hassan Rouhani. Wisst ihr, was das für mich wieder beweist? Das, was wir schon lange wissen: Der IS ist eine Schöpfung des Westens und wurde von ihm nie und wird nicht wirklich bekämpft.



(Anmerkung: Siehe https://www.youtube.com/watch?v=_Jt3u5Fd1t0)

Ich möchte daran erinnern, dass nach der Eroberung von Palmyra durch die ISIS deutschsprachige Kämpfer im August 2015 in einem Video Deutschland mit Angriffen bedroht haben. Die bärtigen Männer aus Deutschland und Österreich haben dabei die Muslime in Europa dazu aufgerufen, Morde an «Ungläubigen» zu begehen und sie drohten Kanzlerin Angela Merkel persönlich. Anschliessend haben sie vor laufender Kamera zwei gefesselte Gefangene erschossen und dabei laut gelacht. Eine «nette» Inszenierung.

Nach dem oben genannten mörderischen Vorfall, wobei Deutschland und Merkel selbst direkt bedroht wurden, und nur wenige Tage nach den Terroranschlägen durch Mitglieder des IS in Brüssel, bei denen 36 Menschen starben und über 200 verletzt wurden, musste gerade Merkel den Sieg über den IS in Palmyra begrüssen. Hat sie nicht, genau wie übrigens Obama, Cameron und Hollande auch nicht. Die beissen sich lieber die Zunge ab, als der syrischen Armee und den helfenden Russen ein Lob oder ein Danke auszusprechen.

Was hat Merkels Sprecher Steffen Seibert in ihrem Namen geschrieben? «Die widerwärtigen Anschläge in Brüssel lassen uns alle zusammenstehen», schrieb er auf Twitter. Er versprach den Opfern Solidarität und Entschlossenheit im Kampf gegen die Terroristen.

LÜGEN, nichts als LÜGEN und pure Heuchelei!!!

Wenn Merkel wirklich «Entschlossenheit im Kampf gegen die Terroristen» zeigen würde, dann hätte sie nicht schweigen dürfen über den Sieg der syrischen Armee über die Terroristen und dass die schwarze Horde von Kopfabschlägern, Schlächtern und Mördern aus Palmyra verjagt wurde.

Durch die vielen Geländegewinne und die Befreiung der von den Terroristen besetzten Gebieten, kehren viele Syrer zu ihren Häusern und Wohnungen zurück. Das sagte der Chef der Versöhnungsgruppe für die Provinz

Damaskus, Generalmajor Aleksander Linkow am vergangenen Freitag. Dabei spielt auch die russische humanitäre Hilfe für die Rückkehrer eine grosse Rolle, sagte er.

Eine Rückkehr der Flüchtlinge ist überhaupt kein Thema in Europa!

Dabei: Nach Palmyra ist jetzt der Weg frei für die Rückeroberung der «Hauptstadt des Kalifats», Al-Rakka, um den endgültigen Sieg über den IS zu erlangen.

Zur Erinnerung: Am 26. September 2013 setzten die islamistischen Terroristen die christliche orthodoxe Kirche Sajjida al-Bishara in Al-Rakka in Brand, nachdem sie zuvor Kreuze und Bilder von den Wänden gerissen und angezündet hatten. Danach zogen die Täter des IS weiter zur armenischen Märtyrer-Kirche. Dort entfernten sie das Kreuz vom Dach des Gotteshauses und schmissen die Gebeine der Toten vom armenischen Genozid von 1915 auf die Strasse.

Die «Christin» Merkel, Vorsitzende der christlichen Partei CDU, hat nichts dazu gesagt. Der Bischof von Rom, auch Papst genannt, übrigens auch nicht. Sie sagen nie was, wenn es um die Christenverfolgung und die Schändung von christlichen Kirchen durch Islamisten geht. Beide verlangen nur immer «offene Türen» für die moslemischen Einwanderer und dass alle nach Europa kommen sollen, darunter auch Terroristen.

Den wirklichen Grund für die Massenflucht nach Europa nennen sie aber nie. Nämlich, die militärischen Interventionen des Westens oder den «Regimewechsel» in den moslemischen Ländern.

Nach ihrem Willen gibt es in 20 Jahren die Europäische Union nicht mehr, sondern die Islamische Union auf europäischem Boden.

Ist dann auch klar, warum Merkel nichts zum Sieg über den IS in Palmyra sagt.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2016/03/warum-sagt-merkel-nichts-zu-palmyra.html>



18:25 31.03.2016

Mit Soldaten, Panzern und schwerem Kriegsgerät wollen die USA ihre Präsenz im Osten Europas verstärken. Die Bundesregierung schweigt offiziell, viele Regierungspolitiker stehen dabei aber ganz offen hinter Washington. «CDU, SPD und Grüne gehen damit hirnos konform», kritisiert Dr. Alexander Neu, der die LINKE im Verteidigungsausschuss vertritt.

Herr Dr. Neu, die USA verlegen eine ganze Brigade ihres Militärs in den Osten Europas. Dort soll sie zwischen verschiedenen Staaten rotieren. Wie bewerten Sie dieses Vorhaben?

Laut Medienberichten soll die Verlegung ja Anfang 2017 bis 2018 stattfinden. Das heisst: Wenn Russland so provokativ ist, wie es die Amerikaner behaupten, wundert mich vielmehr, dass man sich bis Februar 2017 Zeit lässt. Angesichts einer so grossen Bedrohung durch die Russen, wie es die Amerikaner suggerieren, hätte ich mir

doch gedacht, dass das viel schneller geht. Das zeigt mir, dass der Hintergrund nicht eine Aggression Russlands ist, sondern dass man hier eine Gefahr suggeriert, die so nicht gegeben ist. Man versucht, die Russophobie in Europa zu steigern.

In einer Mitteilung des Verteidigungsministeriums in Washington hiess es, man reagiere mit dieser Truppenverlegung auf den «aggressiven Kurs Russlands». Das klingt ja fast, wie eine Argumentation aus dem kalten Krieg ...

Ich sehe nicht, wo die Aggressivität Russlands gegeben ist. Man kann natürlich über die Krim streiten, da kann man unterschiedliche völkerrechtliche Bewertungen anlegen. Ich habe da eine ganz eigene Bewertung, auch vor dem Hintergrund der Zerschlagung Jugoslawiens durch den Westen und der Anerkennung der jugoslawischen Teilstaaten sowie des Kosovo. Da kann man bei der Krim nicht anders argumentieren, als bei Jugoslawien.

Der Westen hat diesen Präzedenzfall selbst geschaffen. Auch bei der Ost-Ukraine muss man sagen: Der Putsch ging nicht von Russland aus, sondern vom Westen – als die gewählte Regierung Janukowitsch nicht das EU-Assoziierungsabkommen unterzeichnen wollte. Ich sehe also nicht, dass das Baltikum, Rumänien, Bulgarien, Polen in irgendeiner Weise territorial bedrängt oder bedroht werden. Insofern ist das eine sehr abstrakte und fiktive Bedrohung. Man hat das Gefühl, dass sich gewisse osteuropäische Staaten und deren Eliten sowie amerikanische Eliten gegenseitig in Bedrohungsszenarien befruchten. Und somit wird ein Aggressionskurs Russlands suggeriert, der aber keine materielle Grundlage hat.

Die geplante US-Truppenverlegung soll 4200 Soldaten, 250 Panzer und weiteres Kriegsgerät umfassen. Die Aufrüstung im Osten Europas soll Anfang 2017 beginnen. Präsident Obama hat ausserdem eine Aufstockung der US-Verteidigungsausgaben für Europa angekündigt. Wohin steuern die USA aussenpolitisch?

Die US-Amerikaner wollen offensichtlich in Osteuropa und Mittelosteuropa die Suppe gegen Russland weiter am Kochen halten. Irgendwie ist man der Auffassung, dass man Russland auf Distanz halten muss, weil Russland sich den westlichen Vorstellungen nicht unterordnen will. Man ist der Auffassung, dass man Russland in einem Dauerkonflikt unterhalb eines militärischen Konfliktes halten muss. Dafür braucht man hörige Vasallen in Europa – und die hat man. Man könnte mit Polen und dem Baltikum natürlich noch argumentieren, dass sie eine eigene Geschichte haben, die sie geprägt hat. Aber diese Rechtfertigung trifft auf die heutige Zeit nicht mehr zu. Und auf Bulgarien und Rumänien trifft das schon einmal gar nicht zu. Diejenigen, die neben den Russen darunter zu leiden haben werden – und Russland wird natürlich entsprechend militärisch reagieren –, das wird der bulgarische, der rumänische, oder auch der polnische Steuerzahler sein.

Das Ganze ist in jedem Fall ein Schritt gegen die Abrüstung in Europa. Eine offizielle Reaktion der Bundesregierung gibt es darauf noch nicht. Aber was glauben Sie, wie wird diese Reaktion wohl ausfallen?

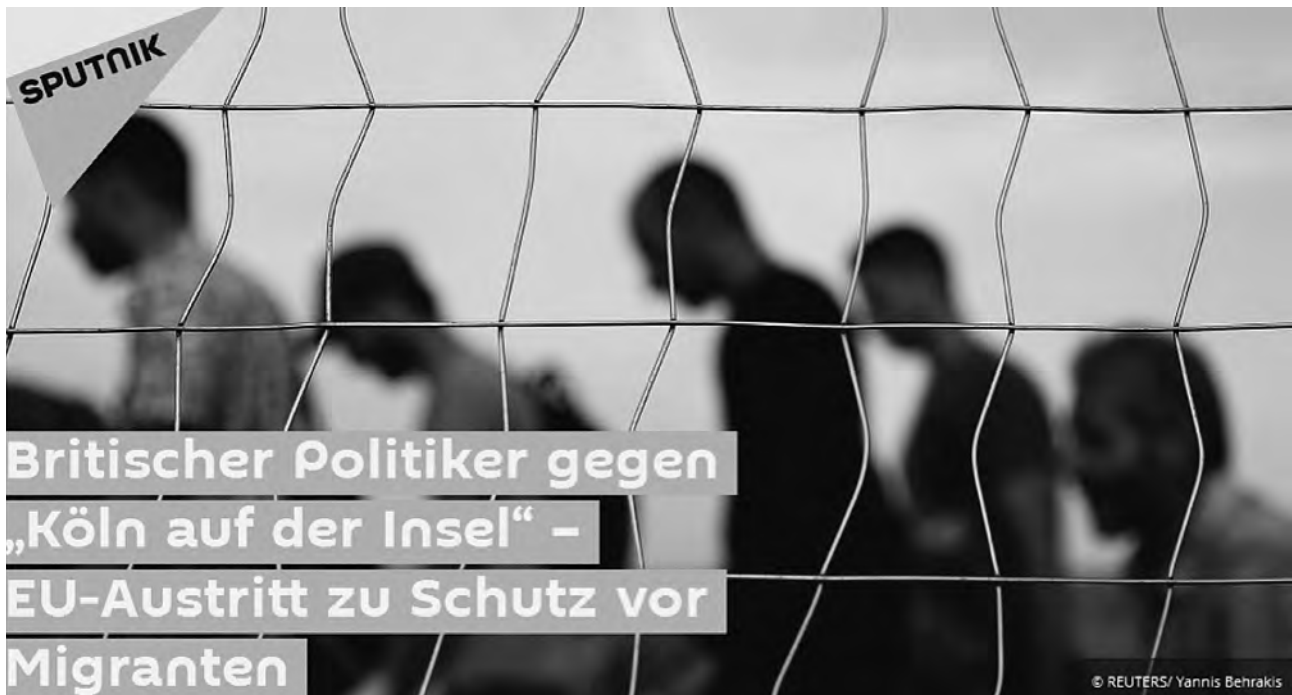
Die wird nicht negativ ausfallen. Die Bundesregierung ist bei der Eskalationspolitik der US-geführten NATO immer dabei. Und die Bundesregierung ist mit der Bundeswehr ein wesentliches Element der NATO-Speerspitze in Osteuropa. Hier findet eine Eskalation statt, die Europa nicht braucht, die auch Osteuropa de facto nicht braucht, die Russland nicht braucht – aber offensichtlich unser «grosser Bruder» jenseits des Teiches benötigt.

Sie selbst sind Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages. Wie beobachtet man dort die Entwicklung der US-Aussenpolitik? Geht man damit völlig konform, oder gibt es hinter vorgehaltener Hand einige Bedenken?

Also bei den übrigen Parteien – von SPD über CDU und Grüne – sehe ich da keinerlei Bedenken. Selbst bei den Grünen sehe ich da keine lautstarken Bedenken. Bei der CDU und der SPD findet man das alles richtig, was die USA sagen. Das ist eine Transatlantiker-Gruppierung innerhalb der Politik in Berlin, und nur wer ein strammer Transatlantiker ist, kann auch im Verteidigungs- und im Auswärtigen Ausschuss sitzen. Da ist die LINKE die einzige Partei, die einzige Fraktion, die eine ganz andere Auffassung vertritt. Aber alle übrigen Parteien gehen damit in gewisser Weise hirnlos konform.

Interview: Marcel Joppa

Quelle: <http://de.sputniknews.com/politik/20160331/308869077/usa-europa-panzer-bundesregierung.html>



14:08 30.03.2016

Massenhafte sexuelle Übergriffe wie in der Silvesternacht in Köln sind auch in Grossbritannien nicht mehr ausgeschlossen, wenn das Land die Europäische Union nicht bald verlässt, sagte Nigel Farage, Chef der britischen Independence Party.

Die Silvester-Übergriffe in Köln haben wieder einmal die Migrationspolitik der EU in Frage gestellt. Darauf bezogen warnte Farage vor einer Gefährdung der Freiheit der Frauen, die in Europa schon seit längerem wachse. «Wenn man zulässt, dass eine unbegrenzte Anzahl junger Männer aus Ländern, in denen die Frau als Bürger zweiter Klasse gilt, auf den europäischen Kontinent gelangen, dann braucht man nicht überrascht sein, wenn solche Szenen wie in Köln öfter stattfinden», erläuterte Farage. Solche Flüchtlingsmengen würden die übliche Lebensweise im Land stark beeinflussen.

«Wollen wir, dass diese jungen Männer in fünf Jahren EU-Pässe erhalten, in unser Land kommen, einhundert Jahre der Frauenbefreiung rückgängig machen und unsere ganze Lebensweise verändern?», fragte der Politiker auf einer Kundgebung zum Ausstieg Grossbritanniens aus der EU in Wales.

Grossbritannien wird am 23. Juni in einem Referendum über die weitere Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union abstimmen. Im Februar hatte Premierminister David Cameron mit 27 europäischen Staatschefs ein Abkommen über einen Sonderstatus für Grossbritannien im Rahmen der EU erreicht.

Quelle: <http://de.sputniknews.com/panorama/20160330/308827933/farage-migranten-eu-austritt.html>

Kölner Silvesternacht: Sexuelle Übergriffe von Flüchtlingen bleiben wohl straffrei

8. März 2014



Zahlreiche Frauen wurden am Kölner Bahnhof zu Silvester von Flüchtlingen sexuell belästigt. Die meisten dürften straffrei davongekommen, weil nicht jede Berührung ein Strafdelikt ist.

Foto: © Superbass / CC-BY-SA-4.0
(via Wikimedia Commons)

31. März 2016 - 12:10

Für die zahlreichen betroffenen Frauen der Kölner Silvesternacht, die von Flüchtlingen sexuell angegrapscht wurden, klingen aktuelle Medienmeldungen wie ein Schlag ins Gesicht. Die meisten Täter dürften straffrei davonkommen.

Po-Grapschen nicht unbedingt ein Delikt

Das Problem: Bis jetzt ist nicht jede unerwünschte Berührung eine Sexualstraftat, für die der Täter verurteilt werden kann – zum Beispiel wegen sexueller Nötigung. Dafür müsse die Tat als «eindeutig sexualbezogene Handlung» erkennbar sein, so Staatsanwältin Dagmar Freudenberg vom Deutschen Juristinnenbund (DJB) gegenüber FOCUS Online. Der Täter müsste dafür sein Opfer direkt an Brust, Vagina, Penis oder Anus berühren. Im Umkehrschluss heisst das: Wird eine Frau zum Beispiel nur kurz über der Kleidung am Po begripscht, ist das keine Straftat im Sinne des Sexualstrafrechts.

«Angrapschen» ist vom deutschen Sexualstrafrecht schlichtweg nicht abgedeckt. Es gibt keinen Straftatbestand «sexuelle Belästigung». Dies dürfte sich nach den Plänen von Bundesjustizminister Heiko Maas auch nicht ändern. Das heisst für viele der Kölner Opfer: Sie haben wenig Aussicht darauf, eine Verurteilung der Täter wegen Sexualstraftaten zu erleben. In der Kölner Silvesternacht gingen mehr als 1100 Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft ein, mehr als 480 davon wegen Sexualstraftaten. Hunderte weitere Sex-Anzeigen folgten in den Tagen danach.

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/content/0020406-Koelner-Silvesternacht-Sexuelle-Uebergriffe-von-Fluechtlingen-bleiben-wohl-straffrei>

Belgien-Attentäter reisten als «Flüchtlinge» über Spielfeld durch Österreich



Wie viele Verbrecher und Mörder reisten mit «Reisebüro Faymann» durch Österreich?

Foto: FPÖ-TV; 31. März 2016 - 14:15

Das «Flüchtlinge Willkommen»-Gerufe von Angela Merkel und Werner Faymann liessen sich die IS-Terroristen nicht zweimal sagen. Nur allzu gern waren sie gekommen, um vom «Reisebüro Faymann» nach Deutschland transportiert zu werden. Wie die «Krone» unter Berufung auf die griechische Zeitung «Ekathimerini» berichtet, reisten die beiden Terroristen Naim Al Hamed and Sofiane Ayari am 20. September letzten Jahres über die griechische Insel Leros in die EU ein, um von dort über den Balkan, Österreich und Deutschland nach Belgien zu gelangen. Der dritte Attentäter reiste mit belgischen Papieren auf dem gleichem Weg über Italien und Griechenland. Schon der Paris-Attentäter Ahmad al Mohammad und ein Komplize waren letzten Oktober über die Balkan-Route unbehelligt durch Österreich gereist. Diese und vermutlich zahlreiche weitere potentielle Mörder wurden damals wahrscheinlich bequem und gratis mit Bus und Bahn auf Steuerzahlerkosten durch Österreich transportiert, um wenig später die niederträchtigen Anschläge auf unschuldige Menschen auszuführen.

Faymann als unfreiwilliger Prophet

Noch im August, anlässlich des Sommergesprächs im ORF, hatte Bundeskanzler Faymann hinsichtlich der Flüchtlingsproblematik vor Heinz-Christian Strache und der FPÖ gewarnt. Die Folgen der Faymann-Merkelschen Willkommenspolitik bekommen allerdings nun alle Europäer zu spüren. Jedoch, obwohl es beim ORF-Sommergespräch nicht so gemeint war, sollte der Bundeskanzler in einem Recht behalten, als er sagte: «Man läuft um sein Leben, man versucht sein Leben zu retten, kommt in die Hände von Verbrechern und Mördern und stirbt qualvoll. Wer da nicht sagt, dass man gemeinsam etwas dagegen tun muss, ist auf der falschen Seite.» Ja, die unschuldigen Opfer in Paris und Brüssel sind, sofern sie es konnten, um ihr Leben gelaufen und qualvoll gestorben, viele durch Bomben getötet.

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/content/0020400-Belgien-Attentaeter-reisten-als-Fluechtlinge-ueber-Spielfeld-durch-Oesterreich>

FIGU-Antwort zu dieser Frage:

Auch beim 642. offiziellen Kontaktgespräch vom 30. Januar 2016 wurde zwischen Billy und Ptaah diese Frage erörtert, wobei sich folgendes im Gespräch ergab:

Billy Du hast mir bei deinem letzten Besuch bei unserem privaten Gespräch am 6. Januar zugesagt, dass ihr daran seid abzuklären, wie viele Al-Qaida- und IS-Schläfer sich bisher mit den Flüchtlingsströmen in Europa eingeschlichen haben.

Ptaah Diese Abklärung wurde durchgeführt, und zwar dauerte unsere Recherche bis zum 20. Januar, die wir jedoch noch weiterführen. Wir eruierten eine Anzahl von 17 461 Personen, die in direkter Verbindung mit dem Islamistischen Staat sowie mit der Al-Qaida-Terrororganisation stehen und die als sogenannte «Schläfer» zu bezeichnen sind.

Billy Dann kann ja Europa einiges an Terrorakten erwarten. Als ich aber gesagt und geschrieben habe, dass sich mit den Flüchtlingsströmen auch Killer der Terrororganisationen IS und Al-Qaida nach Europa einschleusen, da wurde nur darüber gelacht und gar von Geheimdiensten bestritten, dass das so sei.

Ptaah Selbst viele Leute der irdischen Geheimdienste sind naiv, was sie aber durch geheime Intrigenhandlungen und kriminell-verbrecherische Taten verdecken wollen.

Billy Das war ja schon immer so. Auch denken sie – wie viele Psychologen und Psychiater, und zwar auch solche, die für die Justiz arbeiten –, dass sie psychologisch-psychiatrisch sehr gebildet seien, obwohl ihre Erkenntnisse und Kenntnisse nur gerademal 28% von dem psychologisch-psychiatrischen Wissen umfassen, das euch Plejaren eigen ist.

Ptaah Daran kann nichts geändert werden, wenn sich die irdischen Psychologen und Psychiater nicht um mehr Erkenntnisse und Wissen sowie um ein umfangreicheres Verstehen bemühen.

Billy Das tun sie aber nicht und glauben Götter ihres Faches zu sein, weshalb ja auch derart viele Fehlurteile gemacht werden und eingesperrten Mördern Freigang bewilligt wird.

Ptaah Dadurch entsteht leider oftmals neues Unheil.

Billy Das sehe ich auch so.

Willy Wimmer zur neuen US-Panzerstationierung in Osteuropa: «Die USA vergiften das Klima in Europa»

31.03.2016 • 11:14 Uhr



Die USA haben angekündigt, eine komplette Panzerbrigade an die Ostflanke der NATO zu verlegen, nur 150 Kilometer von Sankt Petersburg entfernt: 4200 Soldaten, 250 Panzer, ergänzt um Haubitzen und weitere 1700 zusätzliche Militärfahrzeuge. Willy Wimmer, langjähriger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, analysiert die Beweggründe für diesen Schritt und spricht von einer zielgerichteten Politik zur erneuten Spaltung des europäischen Kontinents.

Von Willy Wimmer

Bei den ganzen Hiobs-Botschaften, die in diesen Tagen das Ergebnis der von Deutschland mitgetragenen Politik im globalen Massstab sind, könnte man über eine im Ergebnis verheerende Nachricht fast hinweglesen. Dennoch hat es das in sich, was man heute in den Tageszeitungen lesen kann. Danach werden die USA ab dem nächsten Jahr eine Panzerbrigade und Tausende von Fahrzeugen und weiteres militärisches Gerät östlich von Deutschland in den NATO-Staaten zwischen der Russischen Föderation und Deutschland stationieren. Begründet wird dies mit der angeblichen Besorgnis der dortigen NATO-Mitgliedsstaaten vor einer russischen Aggression, die ausser diesen Staaten niemand so recht auf dem Kontinent sehen kann.

Endpunkt einer seit 1992 zielgerichteten amerikanischen Politik, die auf eine erneute Spaltung des Kontinentes zielt.

Natürlich haben alle NATO-Staaten darauf gesetzt, dass über den Maidan-Putsch nicht nur die damalige ukrainische Regierung fallen würde. Damit wäre es den USA möglich geworden, ihre seit mehr als einem Jahrzehnt offen deklarierte Politik, die auf eine erneute Spaltung Europas ausgerichtet ist, umzusetzen. Da spätestens seit dem öffentlich und unter Einschluss berühmter und kompetenter deutscher Kliniken das öffentliche Spektakel um die zopftragende ukrainische Oligarchin Julia Timoschenko über Jahre klar war, worauf die USA in der Ukraine zielten, haben unsere östlichen Nachbarn auf das aus ihrer Sicht richtige Pferd gesetzt. Das hat die Bundesregierung selbstredend auch fertiggebracht.

Die in der Folge des Maidan-Putsches beabsichtigte Beseitigung der russischen Marinepräsenz auf der Krim zwecks Kappung der Versorgung für Syriens Präsident Assad und die Beseitigung substantieller Rechte der russisch-sprachigen Minderheit in der Ukraine erwies sich mit schrecklichen Konsequenzen für die Bewohner der Ost-Ukraine als der berühmte «Schuss in den Ofen».

Die markigen Worte aus den baltischen Staaten und aus Polen in Richtung Moskau wurden in dieser Zeit nur noch von den noch deutlicheren Sprüchen hoher deutscher NATO-Offiziere in Richtung Moskau ausgestochen. Das Klima war aber nachhaltig auf Krawall gebürstet und man hatte aus Kreisen der NATO die psychologische

Grundlage für eine ausreichende Selbst-Bedrohung geschaffen. Damit wurde es atmosphärisch begründet, was heute Grundlage für die amerikanische Truppenstationierung ist.

Die USA unterlaufen konsequent die Vereinbarungen aus dem ›zwei-plus-vier-Vertrag‹ in Deutschland.

Diese angekündigte Truppenstationierung schliesst ein Kapitel ab, das uns in Deutschland ganz unmittelbar betrifft. Alle Konsequenzen aus der Geschichte seit Napoleon hatten uns Deutsche bewogen, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nur deutsche Truppen stationiert zu sehen. Unter keinen Umständen sollte die antagonistische Situation, die für den Kalten Krieg so massgeblich gewesen war, fortgesetzt werden. Das dichte Geflecht vertraglicher Verbindungen und nicht die militärische Dominanz sollte Europa bestimmen.

Es sollte nicht zu einer Präsenz von alliierten NATO-Truppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR kommen. Deutschland war noch nicht wiedervereint, als aus den verbündeten Streitkräften heraus alle möglichen Versuche unternommen worden sind, diese Bestimmungen zu unterlaufen. Sichtbar wurde dieses Bemühen spätestens zu dem Zeitpunkt, als wegen des Krieges in Afghanistan der Flughafen Leipzig – es musste gerade Leipzig sein – zum Drehkreuz für den amerikanischen Truppeneinsatz in Afghanistan werden musste.

Heute ziehen die Kolonnen vorwiegend amerikanischer Verbände gen Osten auf die Truppenübungsplätze in den östlichen Bundesländern, als gäbe es nicht in Grafenwöhr und an anderer Stelle ausreichenden Übungsraum für die globalen Muskel- und Kriegsspiele der USA. Der ›zwei-plus-vier-Vertrag‹ soll nach Kräften aufgeweicht und in sein Gegenteil gegenüber einer vertragsbezogenen Politik gegenüber Russland verkehrt werden.

150 Kilometer vor St. Petersburg – Leningrad rückt wieder ins Blickfeld

St. Petersburg blickt nach Europa. Der Blick nach Westen ist heutzutage keinesfalls erfreulich. Amerikanische Panzer stehen heute gleichsam vor den Toren der zweitwichtigsten Stadt Russlands wie vor Jahrzehnten sowjetische Raketen auf New York gerichtet waren. Da spielt es schon fast keine Rolle mehr, was in Bezug auf zu unterlassene westliche Truppenstationierungen zwischen der NATO und der Russischen Föderation in besseren Zeiten einmal vereinbart worden war. Die USA haben alles getan, die Dinge in Europa sich hochschaukeln zu lassen. Warum soll man in Moskau die seit 1992 ausgesandten westlichen Signale nicht so deuten, wie man es in Moskau für richtig hält?

Heute kann man in Deutschland mit Fug und Recht davon ausgehen, dass die USA gut 25 Jahre benötigt haben, Gräben in Europa wieder auszuheben und Mauern entstehen zu lassen. Der NATO-Vertrag, der ohne die inzwischen eingetretene militärische Integration, die erst nach der Gründung der NATO umgesetzt worden ist, die beiderseitige Ankopplung der atlantischen Gegenküsten zum Gegenstand hatte, wurde durch die USA ohne die Zustimmung der Völker der Vertragsstaaten seinem Vertragszweck zweckentfremdet.

Alle, auch die Deutschen, haben der NATO als Verteidigungsbündnis zugestimmt. Das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem berühmten ›Tornado-Urteil‹ des Jahres 2007 ausdrücklich festgehalten. Die Ausprägung der NATO als globales Angriffsbündnis ist vom Willen des deutschen Volkes keinesfalls gedeckt und es gibt keine dafür erforderliche Zustimmung des Deutschen Bundestages. Es ist überfällig, wenn die Bundesregierung und der Generalbundesanwalt den täglichen Rechtsbruch auf deutschen Strassen anprangern. Vorzuziehen wäre es allerdings, konsequent und ohne Ansehen der Blickrichtung dagegen vorzugehen. Noch besser wäre es allerdings, in Zusammenhang mit den NATO-Kriegen das Völkerrecht und die eigene Verfassung zu respektieren und die völkerrechtswidrigen amerikanischen Einsätze nicht mitzumachen.

Diese Politik führt uns wieder in die schrecklichen Bilder des Zweiten Weltkrieges. Ist das unsere Politik gegenüber einem Nachbarn, dem wir mehr als vielen anderen die Wiedervereinigung Deutschlands verdanken können? Einem Nachbarn gegenüber, der nachweisbar seit der Zeit vor dem Ende des Kalten Krieges auf das Völkerrecht, die friedliche Beilegung von Konflikten und den Frieden setzt. Ganz anders als die USA, an die wir mehr und mehr gekettet sind und die sich zu unserem übergrossen Entsetzen in der Zerstörung des Völkerrechts und dem Führen von Kriegen hervortun.

Das amerikanische Verhalten gegenüber den NATO-Verbündeten und der Russischen Föderation erinnert, mehr als uns lieb sein kann, an den alten römischen Satz über Karthago. In der Konferenz von Bratislava im Mai 2000 haben die USA ihre Sicht deutlich gemacht. Danach scheint es darum zu gehen, Moskau zu zerstören, weil es Moskau gibt. Wir haben es wieder weit gebracht.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/meinung/37549-willy-wimmers-zur-us-panzerstationierung/>

IMPRESSUM**FIGU-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2016

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz